


26. KR-Sitzung, Montag, 20. November 2023, 08.15 Uhr

 Vorsitz: *Sylvie Matter (SP, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 Antworten auf Anfragen
 Kantonsrats-Jassmeisterschaft
- 2. Wahl eines Ersatzmitglieds des Baurekursgerichts (BRG) 3**
 für Gabriele Kisker
 Antrag der Interfraktionellen Konferenz
 KR-Nr. 341/2023
- 3. Wahl eines Mitglieds der Parlamentarischen
 Untersuchungskommission (PUK) Datensicherheit 4**
 für Yvonne Bürgin
 Antrag der Interfraktionellen Konferenz
 KR-Nr. 364/2023
- 4. Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2024–2026 4**
 Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2023 und Antrag der
 Kommission für Planung und Bau vom 24. Oktober 2023
 Vorlage 5925
- 5. Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area
 Standortmarketing für 2024 bis 2027 23**
 Antrag des Regierungsrates vom 11. Januar 2023 und geänderter
 Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 31.
 Oktober 2023
 Vorlage 5884a
- 6. Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der
 Ladenöffnungszeiten 46**

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 18.
April 2023 zur parlamentarischen Initiative André Müller
KR-Nr. 174/2020

7. Verschiedenes 73

Nachruf

Rücktrittserklärungen

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Ich beantrage Ihnen, das heutige Traktandum 11 (*KR-Nr. 324/2023*) für heute von der Geschäftsliste abzusetzen, weil die Interpellantin (*Karin Fehr Thoma*) krankheitshalber abwesend ist und somit ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates nicht abgeben könnte. Sie sind damit einverstanden.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf sechs Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 257/2023, Auswirkungen des Arbeitskräftemangels auf die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen
Doris Meier (FDP, Bassersdorf), Mario Senn (FDP, Adliswil), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 281/2023, Warme Progression
Mario Senn (FDP, Adliswil), Martin Huber (FDP, Neftenbach), Doris Meier (FDP, Bassersdorf)
- KR-Nr. 282/2023, Ist der Kanton Zürich auf einen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) vorbereitet?
Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten), Martin Huber (FDP, Neftenbach)
- KR-Nr. 290/2023, Umsetzung der VSM betreffend DaZ
Daniel Heierli (Grüne, Zürich), Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon)
- KR-Nr. 294/2023, Streichung § 238 Abs. 1 im PBG

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon), Simon Vlk (FDP, Uster)

- KR-Nr. 327/2023, Speicherung und Löschung von polizeilichen Foto- und Filmaufnahmen

Manuel Sahli (AL, Winterthur), Lisa Letnansky (AL, Zürich)

Kantonsrats-Jassmeisterschaft

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich komme zu den wichtigsten Mitteilungen der Woche: Letzten Montag waren die Jassmeisterschaften des Kantonsrates. Ich verlese Ihnen jeweils die ersten drei Plätze:

Die ersten drei Plätze bei Punkten aus vier Passen à acht Spielen: Platz 3 Pierre Dalcher (*Applaus*), Platz 2 Werner Gubser, Platz 1 Beni Schwarzenbach. Wir kommen zu den ersten drei Plätzen des Differenzlers: Platz 3 Peter Preisig, Platz 2 John Appenzeller, Platz 1 Ursula Junker (*Applaus*). Ich gratuliere den zwei Anwesenden (*Pierre Dalcher und Ursula Junker*) herzlich – und den anderen selbstverständlich auch.

2. Wahl eines Ersatzmitglieds des Baurekursgerichts (BRG)

für Gabriele Kisker

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 341/2023

Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen als Ersatz für Gabriele Kisker zur Wahl ans Baugericht vor:

Corina Gatzsch-Flury, Wald.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Corina Gatzsch-Flury als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl eines Mitglieds der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) Datensicherheit

für Yvonne Bürgin

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 364/2023

Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Bekanntlich geht Yvonne Bürgin weiter (*als frischgewählte Nationalrätin*) und als Ersatz für ihre Aufgabe als Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungskommission Datensicherheit ist von der IFK vorgeschlagen:

Marzena Kopp, Meilen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Marzena Kopp als Mitglied der PUK Datensicherheit als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2024–2026

Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2023 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 24. Oktober 2023

Vorlage 5925

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Mit schöner Regelmässigkeit und gekoppelt mit dem Budgetprozess nimmt der Kantonsrat einmal im Jahr den Bericht des Regierungsrates über das Bauprogramm der Staatsstrassen zur Kenntnis. Gesetzliche Grundlage dafür ist Paragraph 8 Absatz 1 des Strassengesetzes.

Die vorberatende Kommission für Planung und Bau hat das Bauprogramm der kommenden drei Jahre sowie die aktuellen Entwicklungen im Bereich der strategischen Grundlagen in sportlichen drei Sitzungen beraten und ihren Fragen von den Verwaltungen der zwei zuständigen

Direktionen beantworten lassen. Das Bauprogramm der Staatsstrassen ist, wie bekannt, ein Gemeinschaftswerk zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion. Die Aufgabenteilung seit dem 1. Januar 2021 ist folgende: Das Amt für Mobilität ist für die strategischen Grundlagen des Strassenbauprogramms zuständig und das Tiefbauamt kümmert sich um die eigentliche Umsetzung der Bauprojekte. Grundlagen für den regierungsrätlichen Bericht sind der kantonale Richtplan, Kapitel 4 Verkehr, und das Gesamtverkehrskonzept des Kantons aus dem Jahre 2018 sowie die Planung mit entsprechenden Zahlen und Ausgaben und Einnahmen im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (*KEF*).

Grundsätzlich werden ja vom Strassenbauprogramm des Regierungsrates nur jene kantonalen Projekte erfasst, die grösser als 4 Millionen Franken sind. Der Bericht umfasst neben konkreten Projekten auch grundsätzliche Fragestellungen, wie die aktuellen strategischen Entwicklungen zur Mobilität und deren Trägern, und informiert über die kantonale Umsetzung von neuen bundesrätlichen Vorgaben im Bereich des Verkehrs. Inhaltlich beleuchtete der Bericht das gesamte Strassen- und Wegnetz im Besitz des Kantons, wodurch Kantonsstrassen, aber auch Velo und Fusswege erfasst sind. Ebenfalls als Ziel der Strasseninfrastruktur wird daher folgerichtig die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs beschrieben. Damit kann die Anforderung aus dem kantonalen Richtplan nach einer wirksamen Abstimmung zwischen Siedlung und Verkehr erfüllt werden.

Bei den strategischen Mobilitätsherausforderungen betont die Regierung in ihrem Bericht angesichts des gesellschaftlichen Wandels gerade in Bezug auf flexible und mobile Arbeitsweisen die Bedeutung der Digitalisierung. Sie ist der Meinung, dass neue Mobilitätsformen und -technologien im Bereich der effizienten Verkehrsabwicklung weiter an Bedeutung gewinnen werden. Als geeignete Grundlagen und Instrumente für die Planung leistungsfähiger Strasseninfrastruktur bezeichnet die Regierung entsprechende Standards. 2022 und 2023 wurden zwei Standards festgesetzt, sie verhelfen dem Kanton so zu einem aktuellen Normenwerk. Dank dem 2022 festgesetzten neuen Standard «Staatsstrassen» und dem von der Fachstelle Veloverkehr konkretisierten und 2023 erlassenen Standard für den Veloverkehr werden Strassen und Velowege trotz Anpassung an lokale Gegebenheiten nun einheitlich gestaltet und dimensioniert werden können. In Bezug auf den Veloverkehr ist es das Ziel der Regierung, die Schwachstellen im Velowegnetz gemäss kantonalem Velonetz-Plan möglichst rasch zu beheben, indem

Velowege bei Neu- und Sanierungsprojekten jeweils von Beginn weg mitgeplant werden.

Aus strategischer Sicht verweist der Bericht der Regierung nach wie vor auf die Bedeutung des Gesamtverkehrskonzeptes sowie die regionalen Gesamtverkehrskonzepte als Ergänzung. Das Gesamtverkehrskonzept stimmt die Planungen aller Verkehrsträger – MIV (*motorisierter Individualverkehr*), ÖV sowie für die Binnen- und Feinerschliessung den Velo- und Fussverkehr – im Kanton Zürich mit der richtplanerischen Raumentwicklung sowohl in urbanen wie in ländlichen Räumen so ab, dass eine differenzierte und ausreichende sowie umweltfreundliche und ressourcenschonende Mobilität für Gesellschaft und Wirtschaft ermöglicht wird. Damit ist der Rahmen für die verkehrlichen Planungen gelegt, wobei beispielsweise die Entwicklung von Wohnraum und Arbeitsplätzen auf jene Gebiete ausgerichtet wird, die gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind, und die Velo- und Fussweginfrastruktur im urbanen Gebiet verbessert werden soll. Für den MIV soll das Angebot sowohl im urbanen wie im nicht-urbanen Gebiet erhalten bleiben.

Neben dem Gesamtverkehrskonzept bilden auch die flankierenden regionalen Gesamtverkehrskonzepte die Grundlage für die regional spezifischen Ziele und Strategien, um Lösungsansätze und Massnahmen für den Verkehr und die zu erwartende Siedlungstätigkeit zu entwickeln. Es werden alle Verkehrsträger und Verkehrsmittel miteinbezogen. Zentral ist dabei die Abbildung der heutigen und künftigen Verkehrsnachfrage, aber auch eine Schwachstellenanalyse, um Handlungsbedarf zu ermitteln und Massnahmen zu definieren.

Bereits in der vorherigen Legislaturperiode wurden die regionalen Gesamtverkehrskonzepte einiger Regionen, darunter Zimmerberg oder Pfannenstiel, angepackt, und in den kommenden Jahren werden die übrigen Regionen des Kantons ihre regionalen Gesamtverkehrskonzepte überarbeiten.

In Ergänzung zu den erwähnten Verkehrskonzepten und als eigentliche Vertiefung spielen die Strategie und das Handlungsprogramm «Digitalisierung Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich, DiNaMo» genannt, eine zentrale Rolle für das Anpacken von strategischen Herausforderungen im Bereich der Mobilität. Als Folge dieser strategischen Überlegungen stehen konkrete Handlungsprogramme, als Paradebeispiel nachhaltiger Mobilitätsförderung beispielsweise das Förderprogramm für Ladeinfrastrukturen. Es trat im April dieses Jahres in Kraft und umfasst sieben verschiedene Förderprojekte mit einem Gesamtrah-

men von 50 Millionen Franken. Ebenfalls von einem Digitalisierungsschub dürfte das Verkehrsmanagement, ein weiteres Arbeitsfeld des Amtes für Mobilität, profitieren. Die Anforderung für eine effiziente Nutzung des Strassenraums bei erhöhter Mobilität stammen ebenfalls aus der Strategie «DiNaMo». Ziel ist es, eine detaillierte und koordinierte Verkehrsmanagementstrategie zum Umgang mit Schwachstellen anhand von Pilotversuchen zu evaluieren und für den Kanton zu skalieren und nutzbar zu machen.

Die einzelnen Projekte aus dem Bauprogramm sowohl aus der Mittel- und Langfristplanung wie auch jene, die grösstenteils über das Stadium von Vorprojekten hinaus gediehen sind, sind ebenfalls im Bericht der Regierung erfasst und beschrieben. Darunter befinden sich auf der längerfristigen Zeitachse Klassiker aus dem Kapitel der Umfahrungsstrassen Eglisau und Grüningen, aber auch das Projekt «Fil Bleu Glatt», ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Aufwertung der Stadtlandschaft und der Freiräume entlang der Glatt zwischen Dübendorf und Opfikon, wo eine regionale Verbindungsachse für den Fuss- und Veloverkehr entstehen soll.

Unter den fortgeschrittenen Projekten, deren Ausführung grösstenteils in den von der Planperiode erfassten Jahren erfolgen soll, möchte ich neben dem Parkway in Dübendorf auch diverse Radweg-Lückenschliessungen erwähnen. Der Parkway dient der Erschliessung des Innovationsparks in Dübendorf, dessen Anbindung in Übereinstimmung mit der möglichen Verlängerung der Glattalbahn entstehen soll. Weiterhin geplant ist, den Seeuferweg bei Wädenswil zu bauen, einen ungefähr 800 Meter langen Seeuferweg, für den voraussichtlich 2026 dem Kantonsrat eine Kreditvorlage beantragt werden soll.

Die vorberatende Kommission für Planung und Bau hat das Geschäft, wie erwähnt, an drei Sitzungen beraten, Fragen gestellt und für etliche Projekte Detailwissen eingefordert. Die Mitglieder der Kommission wie auch deren Fraktionskolleginnen und -kollegen werden in ihren Voten im Anschluss sicherlich sowohl regionalpolitisch relevante Aspekte beleuchten wie auch eine generelle Einschätzung zum Bauprogramm der Staatsstrassen für alle erfassten Verkehrsformen vornehmen. Daraus entsteht eine Positionierung der politischen Parteien nicht nur zum Bauprogramm an sich, sondern auch zum Fortschritt einzelner Projekte und/oder zum bemängelten Fortschritt derselben, je nach politischer Situation mehr in Bezug auf den MIV oder eben in Bezug auf den Velo- und Langsamverkehr.

Namens der einstimmigen Kommission für Planung und Bau danke ich der Regierung und der Verwaltung für die kulante Beantwortung aller

Fragen und bitte Sie, die Vorlage 5925 und damit das Bauprogramm der Staatsstrassen des Regierungsrates für die Jahre 2024 bis 2026 zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Das Bauprogramm Staatsstrassen wird immer mehr zum Bauprogramm für alles andere als für unsere wichtigen Strassen. In der Vergangenheit wurde noch nie so wenig Geld in den Unterhalt und Neubau von Strassen gesteckt wie in den letzten Jahren. Statt 94 Millionen Franken wie im Jahr 2021 werden im Jahr 2024 voraussichtlich 81 Millionen in unsere Strassen investiert. Immerhin steigt der Betrag wieder im Vergleich zu 2023. Geht es so weiter, werden wir also über kurz oder lang den hohen Standard unserer Verkehrsinfrastruktur nicht halten können. Und das Geld ist ein bisschen aus dem Fenster geworfen, wenn wir in Ladeinfrastruktur investieren, aber unsere Strassen nicht ausbauen. Wir haben jährlich ein Bevölkerungswachstum im Kanton Zürich von durchschnittlich 15'000 Personen. Wir haben mehr Lieferwagen durch den boomenden Onlineeinkauf, mehr Lastwagen für die tägliche Versorgung und mehr Arbeitnehmer, die auf das Auto angewiesen sind, auf unseren Strassen. Anstatt die Strasseninfrastruktur auszubauen, fordert Linksgrün Temporeduktionen auf Hauptverkehrsachsen, um die realitätsfremden Lärmvorschriften durchzusetzen, noch mehr Radwege, ein Seeuferweg und so weiter. Die Staustunden werden so im Kanton Zürich massiv steigen und darunter leidet insbesondere das Gewerbe.

Selbst die Regierung betont in ihrer Vorlage, dass die budgetierten Mittel für die vorgesehenen prioritären Projekte nicht ausreichen werden. Die SVP/EDU-Fraktion fordert deshalb die Regierung auf, die Projekte aus dem Strassenbauprogramm zu priorisieren, welche die Staustunden auf unseren Strassen reduzieren. Davon profitieren wir alle und insbesondere unser Gewerbe. Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

Simon Vlk (FDP, Uster): Vielen Dank an den Regierungsrat für den interessanten und gehaltvollen Bericht, welchen wir auch dieses Jahr wieder zur Kenntnis nehmen dürfen. Die finanziellen und planerischen Ressourcen des Kantons sind begrenzt und es liegt in der Natur der Sache, dass es auch das diesjährige Bauprogramm nicht allen recht machen kann.

Wer sich sicher zufrieden zeigen darf, sind die Velofahrerinnen und Velofahrer. Diese sollen in den nächsten Jahren in den Genuss von vielen neuen Bauprojekten kommen. So sollen fast ein Dutzend Radweg-

lücken geschlossen werden und zusätzliche neue Radschnellwege sollen entstehen. Auch wir als FDP setzen uns dafür ein, dass die Velofahrenden über ein attraktives und sicheres Wegnetz verfügen.

Leider liegt der Teufel – wie so häufig – im Detail, so auch bei den neuen Radwegen. Mindestens zwei der geplanten Projekte stossen bei der FDP auf grosse Zweifel bezüglich deren Verhältnismässigkeit. Namentlich sind dies, erstens, der neue Radweg zwischen Wiesendangen und Hagenbuch. Über Sinn oder Unsinn bezüglich Kosten/Nutzen versus Landverbrauch wird Ihnen gleich mein Neftenbacher Ratskollege, Martin Huber, in seinem Referat berichten. Zweitens, meine Sitznachbarin Corinne Hoss aus Zollikon wird Ihnen erläutern, weshalb der neue Radweg zwischen Zumikon und Zollikon aus unserer Sicht ein Sicherheitsrisiko für Schülerinnen und Schüler darstellt. So viel zu den Velos. Was mich persönlich sehr gefreut hat im Bericht zu lesen, ist, dass an vielen Orten im Kanton neue Kreisel entstehen. Ich als Ustermer komme ja aus der Kreisel-Vorreiter-Stadt. Wir waren die erste grössere Gemeinde im Kanton, welche dank Kreiseln ganz ohne Lichtsignale auskam. Viele Studien zeigen, dass Kreiserverkehre eine bessere Unfallbilanz haben als Ampeln, und auch der Spritverbrauch wird gesamthaft reduziert durch das Wegfallen des typischen Stop-and-Go des Ampelverkehrs. Es ist erwiesen, dass insbesondere kleine und mittelgrosse Kreisel sich günstig auf den Verkehrsfluss auswirken. In vielen Fällen reduziert sich der Stau und der Verkehr verflüssigt sich. Und dass sich der Stau verringert und der Verkehr verflüssigt, ist dringend notwendig im Kanton Zürich. Die Autofahrerinnen und Autofahrer stellen ja noch immer die mit Abstand grösste Gruppe der Verkehrsteilnehmenden dar. Besonders in der Agglo und in ländlichen Gebieten bilden die Autofahrenden bis zu zwei Drittel aller Gesamtverkehrsteilnehmern.

Im Folgenden deshalb einige Statistiken, aus welchen sich ableiten lässt, wie es um die Autofahrenden im Kanton Zürich zurzeit bestellt ist: Gemäss Bundesamt für Statistik haben die Staustunden letztes Jahr um rund 25 Prozent zugenommen, und ich glaube kaum, dass der Kanton Zürich hierbei eine löbliche Ausnahme gespielt hat. In der Stadt Zürich steht man heute als Autofahrerin im Schnitt länger im Stau als in Metropolen wie Berlin und Barcelona. 300 Millionen Franken betrug der volkswirtschaftliche Schaden durch Stau im letzten Jahr allein in unserem Kanton. In einer Studie der NZZ von Anfang Jahr kletterte das Thema «Stau» auf Rang vier der Zürcher Sorgen hoch. Stau stellt gemäss dieser Studie für 76 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner des Kanton Zürichs eine Sorge dar. Der Regierungsrat ist deshalb sicher

gut beraten, wenn er auch zukünftig die Sorgen und Nöte aller Verkehrsteilnehmenden, also auch diejenigen der Autofahrenden, mit gleichwertigem Engagement berücksichtigt. Massnahmen zur Entschärfung von Staunadelöhren auf unseren Strassen sollten mit höchster Priorität angegangen werden. Insbesondere in den Agglomerationen besteht ein dringlicher Handlungsbedarf.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch folgende persönliche Bitte als User: Sie ahnen es, es geht um die Bahnunterführung Winterthurerstrasse. Meine Stadt wartet nun bereits seit 20 Jahren auf diese Bahnunterführung. Es wäre mein Wunsch und meine grosse Hoffnung, dass die Bahnunterführung Winterthurerstrasse in der nächstjährigen Ausgabe des Bauprogramms endlich ihren längst verdienten Platz findet. Besten Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Das Strassenbauprogramm können wir ja nur zur Kenntnis nehmen. Einige Aspekte nehmen wir positiv zur Kenntnis, einige negativ. Zuerst zu den positiven: Die Standards Veloverkehr liegen nun endlich vor. Zusammen mit dem Standard Staatsstrassen, welche bereits 2022 vorgelegt wurden, bestehen nun aktualisierte Projektierungsgrundlagen für planende Ingenieure. Strassenräume werden neu auch unter dem Aspekt des öffentlichen Raumes betrachtet, welcher in Ortszentren eine höhere Priorität erhält. Endlich. Auch Baumpflanzungen sind nun Bestandteil von Strassenbauprojekten und nicht mehr Wunschbedarf der Standortgemeinde, welcher durch diese selber zu finanzieren ist.

Zu begrüssen sind auch einige Projekte, die Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr bringen, namentlich der Fils Bleu entlang der Glatt, die Veloschnellroute Wallisellen–Bassersdorf, welche im Sommer 2023 öffentlich auflag, der Seeuferweg in Wädenswil, welcher nun an die Hand genommen werden soll, sowie einige Radweg-Lückenschliessungen.

Nun zu einigen negativen Aspekten: Das Dokument heisst immer noch «Strassenbauprogramm», obwohl es jetzt mit der Schaffung des Amtes für Mobilität eigentlich zu einem Mobilitätsprogramm hätte werden sollen. Also mindestens den Titel müsste man mal anpassen. Es wird zwar innerhalb des Strassenbauprogramms berichtet über «DiNaMo», über die Förderung der Ladeinfrastruktur, über regionale Gesamtverkehrskonzepte und Verkehrsmanagement. Es ist aber nicht mehr als eine Aufzählung der verschiedenen Arbeitsbereiche des Amtes für Mobilität, notabene mit minimalem Informationsgehalt. In den strategi-

schen Grundlagen fehlt der Aspekt des Mobilitätsmanagements zur Beeinflussung des Modalsplits. Noch immer ist das MIV-Wachstum zu hoch. Hier werden vermutlich nicht mal die wenig ambitionierten Ziele des Gesamtverkehrskonzeptes erreicht. 50 Prozent des Verkehrszuwachses soll auf den ÖV entfallen, die anderen 50 immer noch auf den MIV; hier müsste man mehr steuern.

Gemäss Gesamtverkehrskonzept soll der Fussverkehr gefördert werden. Es fehlt aber nach wie vor eine Strategie zur Förderung des Fussverkehrs. Ergänzend zum kantonalen Velo-Förderprogramm, ist auch ein kantonales Förderprogramm für den Fussverkehr vorzusehen. Die Fussverkehrsförderung kann nicht einfach an die Gemeinden delegiert werden. Der Kanton ist auch hier in der Pflicht, sich strategisch damit zu befassen, eigene Projekte zu entwickeln oder die Gemeinden bei ihren Projekten zu unterstützen. Der Lärmschutz wird auf 20 Zeilen abgehandelt, wie auch letztes Jahr, mit fast identischer Formulierung. Dort wird festgehalten: «Infolge der neueren Rechtsprechung und von Rechtsbegehren sind bei den noch verbleibenden Arbeiten für einen Grossteil der Strassen mit Grenzwertüberschreitungen die Möglichkeiten zur Umsetzung von Temporeduktionen und lärmarmen Belägen zu untersuchen.» Ja, es wird seit Jahren untersucht. Der Kanton Zürich hat während Jahren – um nicht zu sagen Jahrzehnten – den Lärmschutz ignoriert und auf die Ersatzmassnahme «Schallschutzfenster» gesetzt. Seit diversen Bundesgerichtsurteilen in den letzten acht Jahren ist aber klar, dass Lärmsanierung nur mit Ersatzmassnahmen widerrechtlich ist. Es braucht Massnahmen an der Quelle, sprich Temporeduktionen und lärmarme Beläge.

Die Zuständigkeiten sind elegant auf drei Direktionen verteilt. Die strategische Ebene liegt bei der Volkswirtschaftsdirektion, die Signalisierung der Geschwindigkeit bei der Sicherheitsdirektion und der Lärmschutz und der Bau bei der Baudirektion. So kann jede Direktion den schwarzen Peter den anderen zuschanzen. Eine Temporeduktion forderte übrigens auch die BFU (*Beratungsstelle für Unfallverhütung*) am BFU-Forum von letzter Woche, ich zitiere: 80 Personen sterben jährlich auf Tempo-50-Strecken. Mindestens ein Drittel dieser schweren Unfälle liesse sich verhindern, wenn Tempo 30 innerorts überall dort eingeführt würde, wo die Verkehrssicherheit es erfordert, zum Beispiel bei Schulwegen. Die BFU fordert deshalb einen Paradigmenwechsel in der Verkehrsplanung, also mehr Tempo 30 auch auf Hauptachsen. Ein Paradigmenwechsel wäre auch im Regierungsrat angesagt.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Gerne gebe ich meine Interessenbindung bekannt: Als langjährige ehemalige Schulpräsidentin und Gemeinderätin von Zollikon liegt mir die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg nach wie vor am Herzen. Aus diesem Grund erlaube ich mir ein paar Worte zur Schliessung der Radweglücke zwischen Zollikon, Zollikerberg und Zumikon, die ja indirekt auch zusammenhängt mit der Radweg-Lückenschliessung Richtung Maur, für welche der Kantonsrat bereits im März 2021 den Objektkredit von rund 5 Millionen Franken bewilligt hat. Der Radweg Richtung Maur wird nämlich genau so rechtwinklig in die Forchstrasse münden wie der geplante Radweg Richtung Zumikon, der im Bereich Zollikerberg nicht, wie es logisch wäre, auf der Forchstrasse verlaufen, sondern durch das angrenzende Quartier gezogen wird. Damit ergibt sich eine unübersichtliche Situation vor allem zwischen der Kreuzung Binzstrasse–Forchstrasse und Rosengartenstrasse–Schulweg–Forchstrasse. Der Name «Schulweg» übrigens ist nicht irgendein Name. Er heisst nicht nur so, er ist auch einer. Die Schulanlage Rüterwis wird täglich von über 600 Kindern besucht, unter anderem sind dort auch sechs Kindergartenklassen beheimatet, zusätzlich die Musikschule. Man muss nun leider stark befürchten, dass der mit dem Veloweg verbundene Mehrverkehr sowohl an der Rosengartenstrasse, am Schulweg als auch an der Rüterwiesstrasse rund um die Schulanlage zu einer Konflikthäufung beitragen wird respektive gar zu Personenunfällen führen kann.

Zusätzliches Problem – auch wenn die Pläne noch nicht im Detail vorliegen, die Entwürfe habe ich bereits gesehen: So gibt es rund um die Schule Fussgängerbereiche, die in Zukunft aus Platzgründen zusammen mit den Velos genutzt werden. Diese Doppelnutzung wird zu enorm gefährlichen Situationen führen. Wir alle wissen, dass die Velofahrerinnen und Velofahrer oft mit E-Bikes sehr schnell und vor allem den Fussgängerinnen und Fussgängern gegenüber oft äusserst rücksichtslos unterwegs sind. Die jüngsten Kindergartenkinder sind gerademal vier Jahre alt. Ich überlasse es Ihnen, sich die Kräfteverhältnisse vorzustellen.

Als wäre das nicht genug, gibt es genau gegenüber dem Eingang der Kindergärten und der Musikschule ein Geschäft. Vor allem um 8 Uhr und um 12 Uhr, wenn sehr viele Kinder dort die Strasse queren, notabene genau zu den Zeiten, in denen auch die meisten Velos unterwegs sein dürften, ist die Lage schon mal unübersichtlich. Ein farbiger Belag und Kinder-Gefahrensignale helfen momentan, die Situation zu entschärfen, aber ideal ist sie noch lange nicht. Wenn nun dort eine neue

zusätzliche Veloroute durchgeht, dann wird es kritisch. Die Sicherheit unserer Kinder wird hier erstaunlicherweise nicht berücksichtigt. Fazit: Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine bereits herausfordernde Situation durch einen Radweg massiv verschlimmert wird. Entlang der Forchstrasse könnte ganz einfach ein normaler Radstreifen geführt werden. Es wäre einfacher, billiger und für unsere Schulkinder sowie alle Fussgängerinnen und Fussgänger sicherer.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die Mitte steht dafür ein, dass alle Verkehrsformen eine Daseinsberechtigung haben. Autos sollen nicht gegen Velos und den ÖV ausgespielt, sondern miteinander gedacht werden. Das mag natürlich anspruchsvoller sein, aber wenn man alles gemeinsam denkt, befriedigt man auch mehr Interessen. Aus den Voten ist zu entnehmen, dass links und rechts nicht ganz zufrieden sind. Für uns ist das ein Zeichen, dass das Bauprogramm ausgewogen ist. Ich persönlich nehme erfreut zur Kenntnis, dass im Bezirk Meilen einzelne Velorouten-Lücken geschlossen werden. Die Entflechtung fördert natürlich die Sicherheit sowohl für die Velofahrenden wie auch für die Autofahrer. Die Mitte nimmt das Bauprogramm zur Kenntnis. Besten Dank.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Wie von meinem Parteikollegen Simon Vlk schon erwähnt, spreche ich zum Veloweg zwischen Hagenbuch und Wiesendangen: Die FDP begrüsst den Ausbau von Velowegen. Mühe haben wir aber mit der Priorisierung. Radwege sollen dort entstehen, wo sie gebraucht werden, also eher in dichtbesiedelten Regionen. Den Veloweg Wiesendangen–Hagenbuch wollen die Bevölkerung und der Gemeinderat von Wiesendangen gar nicht. Dieser Radweg wird der Bevölkerung aufs Auge gedrückt. Es ist nicht sinnvoll, Velowege auf einem eigenen Trasse zu bauen, wenn sie gar nicht benützt werden und die Bevölkerungsdichte so gering ist. Der Richtplan ist kein Bauplan. Das Geld für Radwege kann anderswo sinnvoller eingesetzt werden. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Fast täglich lesen wir in den Zeitungen, in den Regionalzeitungen, von Gemeinden, die neue Tempo-30-Zonen einführen oder planen einzuführen. Also die Zeichen der Zeit sollten auch vom Kanton verstärkt erkannt werden. Teilweise findet das statt, aus Lärmschutzgründen wird in verschiedenen Gebieten Tempo 30 auch auf Kantonsstrassen geplant und eingeführt. Dies dürfte noch verstärkt werden. Und ich staune schon, wenn ich gewisse Kolleginnen

und Kollegen aus Dörfern höre, die sich über den gefährlichen Veloverkehr beklagen, der die Fussgänger gefährdet. Schlussendlich haben wir hier ein Ungleichgewicht des MIV, der letztlich alle schwächer gestellten Verkehrsteilnehmer gefährdet, und hier brauchen wir Lösungen für alle, vor allem auch für den Fahrrad- und Fussverkehr, ohne diese gegeneinander auszuspielen.

Generell ist es erfreulich, dass im Vergleich zu vor ein paar Jahren das Strassenbauprogramm ausgewogener ist als auch schon. Trotzdem möchte ich mich meinem Vorredner Thomas Schweizer anschliessen: Eine Umbenennung des ganzen Papiers würde auch ich sehr begrüßen, also Mobilitäts- statt nur Strassenbauprogramm. Denn der Modalsplit – das wurde auch schon erwähnt, es ist ein Problem – müsste viel stärker verbessert werden zugunsten des ÖV und des Langsamverkehrs. Auch erfreulich ist, dass es endlich vorwärtszugehen scheint mit dem Seerufweg zwischen Wädenswil und Richterswil. Wir nehmen das Programm so zur Kenntnis. Danke.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Es ist erfreulich, dass in der Vorlage das Projekt «Umfahrung Höri/Entlastung Neeracheried» prominent aufgeführt wurde. Es ist für uns im Zürcher Unterland sehr wichtig. Und an dieser Stelle möchten wir klar kommunizieren, dass es bei diesem Projekt nicht nur um Frösche und Vögel geht, sondern auch um die Menschen, nämlich die Bevölkerung von Höri. Das war der Kompromiss in der Region, bei dem auch Frau Regierungsrätin Carmen Walker Späh eine ganz wesentliche Rolle spielte. Wir freuen uns auf die Lösung und sind jetzt gespannt auf das Vorprojekt, welches 2025 präsentiert werden soll.

Auch beim Projekt «Regensdorf Bahnhof Nord» sind wir gespannt, was uns präsentiert wird. Die ganze Erschliessung, insbesondere auch die der Sägerei Ächerli mit seinem regional bedeutenden Holzheizkraftwerk war ja in der Vergangenheit Thema einer Kontroverse. Und man hatte den Eindruck, dass da nicht wirklich alles gut läuft. Gerne erinnern wir an einen Grundsatz im kantonalen Richtplan. In den Zielen zur Gesamtstrategie in Kapitel 2, Siedlung, steht unter dem Titel «Gewerbe stärken», ich zitiere: «Durch die laufende und künftig noch vermehrt anzustrebende Siedlungserneuerung können lokal verankerte und überwiegend regional tätige Betriebe des produzierenden Gewerbes in ihren Entwicklungsmöglichkeiten übermässig eingeschränkt oder sogar verdrängt werden. Die Planungsträger aller Stufen sind dafür besorgt, dass solche Betriebe im Kanton Zürich erhalten bleiben.» Solche Grundsätze

müssen unbedingt beachtet werden. Wir danken dem Regierungsrat dafür, dass er das Fortbestehen solcher Betriebe nicht gefährdet.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Lieber Simon Vlk, Danke für deine Aussage, in Schlieren stimmt das leider nicht mit dem Kreisverkehr. In unserem Zentrum haben wir täglich morgens und abends einen Riesenstau um diesen Kreis; unser Stadtpräsident Markus Bärtschiger kann das sicherlich bestätigen. Wir müssen dort unbedingt die Umfahrung, und zwar von Zürich bis an die Gemeindegrenze von Dietikon, endlich umsetzen. Dort sind drei Projekte geplant, die Engstringer Kreuzung zum Beispiel und auch die Gasometer-Kreuzung auf Schlierener Boden. Die Bevölkerung wie auch das Gewerbe warten auf diesen Umbau. Dieser Umbau kommt eigentlich aus dem Vorstoss, den ich 2012 (KR-Nr. 204/2012) eingegeben habe, um die Entlastung des Zentrums zu bewirken, weil dort ja heute die Limmattalbahn und das Tram 2 fahren. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Ich möchte ganz kurz zu den Ausführungen von Martin Huber Stellung nehmen betreffend Velowegen entlang von Landstrassen in nicht so dicht besiedelten Gebieten. Ich kann das einerseits schon nachvollziehen, dass man das als unnötigen Landverbrauch empfindet. Das Problem ist leider, dass diese Landstrassen standardmässig mit Tempo 80 signalisiert sind, obwohl das eigentlich für solche Strassen viel zu viel ist. Und leider gibt es auch allzu viele Leute, die diese 80 auch tatsächlich fahren, und dann wird es für Velofahrer gefährlich oder zumindest unangenehm. Es wäre also eine Alternative, dass man es prüft, Überlandstrassen, welche keine grössere Durchgangsfunktion haben, etwas herunter zu signalisieren und das auch zu kontrollieren. Dann könnte man sich sicher den einen oder anderen separaten Veloweg sparen. Aber die Bedingung wäre halt schon, dass dort dann auch nicht mehr so schnell gefahren wird, dass die Strasse für Velofahrer tatsächlich sicher ist.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte als Betroffener oder als Einwohner der Gemeinde Wiesendangen natürlich auch noch zum betreffenden Projekt sprechen. Und ja, es ist so, wie das bereits meine Vorredner gesagt haben: Die Gemeinde will diesen Radweg nicht. Die Gemeinde hat sich gegen diesen Radweg entschieden, weil nämlich bereits ein Radstreifen besteht. Wir möchten lieber für die

Schüler einen Flurweg ausbauen, weil dieser noch sicherer und eine direkte Abkürzung ist. Das wäre eigentlich unser Wunsch, und diesen Radweg braucht es definitiv nicht.

Ich bin schon erstaunt: Wenn ein Gemeinderat Unterschriften sammelt und die Gemeinde sich gegen einen Radweg einsetzt, sondern für einen Radstreifen, für eine Fertigstellung des Radstreifens – da sind wir ja derselben Meinung –, dass dann der Kanton mit einem solchen Projekt weiter baut, weiter plant und das ignoriert; da bin ich doch ein wenig erstaunt. Und dann möchte ich auch an die Regierung appellieren. Sie argumentiert, dass man beim Radwegliniennetz, das jetzt dort eingezeichnet ist – ich glaube, da wurde immer gesagt, das sei eigentlich eine Art Richtplan –, nachher die definitive Linienführung noch anschauen müsse. Und jetzt wird aber darauf gepocht, auf diese Linien, und genau dort wird es durchgezogen. Wir müssen doch schauen, was die besten Lösungen sind, und nicht, was irgendwie vor zehn oder zwanzig Jahren in einen Plan eingezeichnet wurde. Da bitte ich die Regierung, schauen Sie das mit den betroffenen Gemeinden an, schauen Sie die Bedürfnisse auch der Schulwege an, nicht dass wir nachher am Ende zwei Lösungen haben, eine für die Schüler und eine für die paar Wenigen, die das als Schnellverbindung haben. So argumentiert die Regierung in ihrem Antwortschreiben, weil sie nicht auf diese Interventionen eingeht. Da bitte ich Sie, schauen Sie das nochmals an. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Kredit, wenn er dann kommt, nicht bewilligt wird. Und dann ist da auch noch so ein Schachzug: Dann wird es mit gebundenen Ausgaben gemacht, weil die Strasse saniert werden müsse. Aber das ist eigentlich eine gute Strasse, die muss nicht saniert werden. Die ist noch tipptopp im Stand, da braucht es im Moment keine Sanierung. Und wenn das dann auch noch als gebundene Ausgabe kommt, dann frage ich mich schon.

Und da möchte ich jetzt noch etwas anschliessen: Wir haben ein ganz anderes Problem, das uns beschäftigt in Winterthur oder im Osten von Winterthur, in Wiesendangen, es ist die Erschliessung von Neuhegi-Grüze. Sie wissen nicht, wie viel täglicher Umweg-Schleichverkehr durch unsere Dörfer fährt, weil wir ein ganzes, neues Stadtquartier, ein Zentrum mit Zentrumsfunktion in Neuhegi-Grüze bewilligt und keine Erschliessung gemacht haben, und das ist ein Problem. Wir haben das 2017 im Richtplan festgelegt. Aber eigentlich wurde das schon 2012 von der Stadt Winterthur versäumt. Es wurde zwar angetönt, dass sie eine Zentrumserschliessung für Grüze-Neuhegi machen müssen, dann aber versäumt. Und jetzt sehe ich es nicht im Strassenbauprogramm, es ist nirgends aufgeführt, und das geht nicht. Man kann nicht ein ganzes,

neues Stadtquartier machen mit tausenden von Wohnungen und gegen 10'000 Arbeitsplätzen ohne eine Erschliessung – oder mit der Erschliessung auf dem Buckel der umliegenden Landgemeinden, mit Schleichverkehr. Das ist nicht die Lösung. Und da erwarten wir von der Regierung, dass sie das vorsieht, dass sie Druck aufsetzt bei der Stadtregierung in Winterthur, damit das endlich gelöst wird und die umliegenden Gemeinden nicht diesen Schleichverkehr, der sich entwickelt, tragen müssen. Herzlichen Dank.

Bernhard im Oberdorf (SVP, Zürich): In verschiedenen Voten ist angekungen, dass sich der Kanton dafür einsetzen sollte, dass auch in der Stadt auf Durchgangsstrassen, auf Kantonsstrassen, Tempo 30 eingeführt wird. Das Narrativ ist immer dasselbe: Es reduziere den Lärm. Aber genau das trifft häufig nicht zu. Bei der zum Politikum gewordenen Rosengartenstrasse ist absolut das Gegenteil der Fall. Wenn man dort langsamer bergwärts fährt, muss ein tieferer Gang eingeschaltet werden, das fördert den Lärm. Fährt man bergab, dann hat man dieselbe Wahl: Entweder man legt einen tieferen Gang ein, damit man nicht zu schnell wird und in eine Radarfalle gerät, oder man bremst den ganzen Weg und wirbelt Feinstaub auf. Das Beispiel zeigt – es steht für andere auch –, dass diese Forderung völlig kontraproduktiv ist.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich reibe mir jetzt auch mal ein bisschen die Augen und bin erstaunt, wie Herr Hübscher, aber aus anderen Gründen. Wir haben in der vorletzten Budgetdebatte neue Stellen zur Planung von Velowegen bewilligt und die wurden auch von der Regierung umgesetzt, fünf neue Stellen. Wozu wohl? Damit wir Radwege bauen. Wir haben zwei Motionen überwiesen, die bald zurückkommen, in denen es auch darum geht, dass das kantonale Radwegnetz ausgebaut wird. 1200 Schwachstellen gibt es im kantonalen Radwegnetz. Die Mehrheit dieses Rates war ganz klar der Ansicht, dass wir hier vorwärtsmachen müssen, und jetzt kommen Sie hier mit irgendwelchen «Näggelisachen» und kleinen Körnchen im Getriebe, über die Sie sich aufregen. Klar, es gibt immer Probleme, aber wir müssen da vorwärtsmachen. Wenn Sie sich beklagen, dass zum Beispiel auf der falschen Strasse ein Radweg gebaut wird und Sie finden, es müsse nicht auf einer Kantonsstrasse sein, wie ich das jetzt von Herrn Hübscher gehört habe, ja, dann müssen Sie kommunal aktiv werden. Dann müssen Sie den Radweg auf der Gemeindestrasse machen. Ich kenne die Situation im Einzelnen nicht, aber ich kann Ihnen das als Tipp mitgeben. Versuchen

Sie es doch auf diese Weise, wenn Sie es auf einer anderen Strasse möchten.

Dann noch zu Tempo 30 und zum Lärm: Uns geht es doch nicht darum, die Autofahrer zu schikanieren, das ist doch Quatsch (*Heiterkeit*). Ja, lachen Sie nur noch ein bisschen, lachen Sie noch einmal! Wissen Sie, worum es uns geht? Uns geht es darum, die Lebensqualität für die Menschen, die in den Städten leben, zu verbessern. Lebensqualität ist eben nicht einfach nur «ich sitze in meinem Auto und komme schnell vorwärts». Klar ist eine gute Mobilität auch ein Teil der Lebensqualität, aber Lebensqualität bedeutet eben auch, dass ich auf meinen Balkon gehen kann und dort vielleicht auch mal ein Bier trinken kann, ohne dass ich den grössten Lärm habe in der Stadt. Aber das scheinen Sie nicht zu bedenken. Es wohnen mittlerweile über 400'000 Menschen in der Stadt Zürich. Und dass die einfach durch irgendwelche Leute von ausserhalb mit Lärm belastet werden sollen, dagegen wehren wir uns, weil auch diese Menschen ein Recht haben, in einer guten Umgebung mit einer hohen Lebensqualität zu leben.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Geschätzte Tempo-30-Propheten, eigentlich hätte ich hier nichts zu sagen. Trotzdem möchte ich Ihnen – jetzt Moment, Herr Forrer, hören Sie zu, bitte – trotzdem möchte ich Ihnen die heutige Presse etwas näher führen. Herr Forrer, wir sind nicht in Nordkorea, wo der Kanton den Gemeinden und den Städten vorschreiben muss, wie schnell in den Quartieren gefahren werden muss. Gerade diese Städte – ich nehme die Stadt Wetzikon, welche gestern eine Abstimmung über Tempo 30 in den Quartieren hatte: Der Gemeinderat hat knapp zugestimmt. Die Vorlage wurde von einem SVP-Stadtrat (*Heinrich Vettiger*) vertreten, der sagte: «Jawohl, wir würden dieses Tempo 30 in den Quartieren einführen.» Und jetzt hören Sie, die Bevölkerung aus Wetzikon hat mit 64 Prozent Nein gesagt. Scheinbar besteht dieses Problem, welches Sie vorhin so ausgeschmückt dargestellt haben, eben nicht oder nicht überall. Und daher bitte ich Sie, lassen Sie die Städte, lassen Sie die Kommunen in dieser Beziehung arbeiten. Da, wo es Lärm hat und wo der Lärm stört, soll er weg, aber hören Sie auf mit diesen zentralistischen Gedankengängen, die Sie hier vorbringen. Bitte nehmen Sie die Bevölkerung ernst. Danke.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Ich möchte nicht auf Tempo 30 eingehen, ich bin kein Freund davon, das ist schon klar. Ich fahre gerne Auto. Aber ich möchte etwas zu den Velowegen sagen: Wenn ihr Martin Hübscher zugehört habt, dann ist es nicht so, dass dieser Veloweg

verneint wird, sondern man bietet die Flurwege an. Und das wird vom Kanton in keinster Weise berücksichtigt, dass es viele Flurwege in den Gemeinden gibt, die zum Teil vielleicht nicht direkt, auf dem schnellsten Weg ins nächste Dorf führen, aber doch mit etwas Ausbau für das Velo gebraucht, genutzt werden können. Hier möchte ich doch dafür appellieren, dass man besser mit den Gemeinden zusammenarbeitet und vor allem die Flurgenossenschaften bezieht. Das wollte Martin Hübscher doch ausdrücken und nichts anderes. Danke.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich begrüße auf der Tribüne Klassen der Freien Evangelischen Schule. Schön, dass ihr unserer Ratsdebatte beiwohnt.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Als Stadtzürcherin möchte ich mich ganz herzlich für das Votum von Paul von Euw bedanken, der die Gemeindeautonomie betont. Das freut mich sehr, dass das inzwischen auch bei Ihnen angekommen ist. Sie möchten uns reinfunkeln bei der Bellerivestrasse, Sie möchten uns reinfunkeln beim Rosengarten. Sie sind überhaupt der Meinung, man müsse einfach mit Tempo 50 quer durch diese Stadt fahren können, wenn man von ausserhalb kommt. Es sind nämlich typischerweise Menschen von Ihren Parteien, die nicht aus der Stadt Zürich kommen, die Verkehrspolitik bei uns betreiben wollen, und ich freue mich, wenn auch die SVP anerkennt: Die Gemeindeautonomie ist sehr hoch zu halten. Und ja, auch die Stadt Zürich darf selbst über ihr Verkehrsregime entscheiden. Und auch wir dürfen die Lebensqualität von uns, von den Menschen, die hier in dieser Stadt wohnen, erhöhen, indem wir nämlich dafür sorgen, dass nicht einfach mit 50 durchgebrettert wird, mit viel Lärm und einer Gefährdung für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrerinnen und Velofahrer.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Sehr geehrter Herr von Euw, wenn Sie die Zeitung richtig gelesen hätten, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass es in Wetzikon ein Nein gewesen ist zu dieser Vorlage, aber nicht zu Tempo 30 im Allgemeinen. Es gilt immer noch der behördenverbindliche Richtplan 2012, in den Quartieren von Wetzikon Tempo 30 einzuführen. Herzlichen Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal: Ich wurde angesprochen und repliziere gerne noch, und zwar wurde es von Elisabeth Pflugshaupt schon gesagt: Herr Forrer, die Gemeinde hat ja

interveniert. Die Gemeinde hat interveniert und hat Vorschläge gemacht, aber wenn die Gemeinde dann nicht gehört wird oder einfach gesagt wird, es sei halt so, dass das im Radwegnetz eingezeichnet sei, und wenn man nicht bereit ist, andere Lösungen zu suchen, was dann? Wir sind ebenfalls der Meinung, es braucht andere Lösungen. Es braucht ein Neudenken. Und da müssen eben bestehende Strassen in Betracht gezogen werden, weil wir insgesamt nicht mehr Strassen wollen; da sind wir ja vielleicht sogar einig mit Ihnen. Aber es muss auch eine Bereitschaft sein, dass man eben dann Flurwege vielleicht asphaltieren kann, damit sie für die Velofahrer attraktiv und benutzt werden. Und da braucht es wiederum ein Entgegenkommen von Ihrer Seite, das möchte ich explizit betonen, damit eben vielleicht 30 Meter Wanderweg über eine asphaltierte Strecke führen können und es nicht explizit ein chaussierter Kiesweg sein muss. Da müssen wir aufeinander zugehen und da braucht es neue Lösung. Da sind wir auch froh, hat jetzt die Baudirektion genügend Projektleiter, die sich eben genau dieser Thematik annehmen sollen und das jetzt nicht stur nach dem Velonetzplan vervollständigen. Ich glaube, das war meine Intention und da möchte ich eine Lösung. Dann kommen wir letztendlich schneller voran, als wenn es jetzt auf Teufel komm raus Widerstand gibt und wir am Ende jedes Projekt in Lausanne entscheiden wollen. Das wollen wir nicht. Wir wollen gemeinsame Lösungen, gemeinsam vorwärtskommen und nicht, dass man jetzt da auf den Plan fokussiert.

Und noch ein Wort an Selma L'Orange Seigo: Das sind Kantonsstrassen. Paul von Euw hat sich auf die Quartierstrassen bezogen. In der Stadt haben wir eben Unterschiede. Die Gemeinden dürfen nicht über die Kantonsstrassen verfügen. Die Stadt hat ja die Ausnahme, dass sie über die Kantonsstrassen entscheiden kann. Und das ist eben nicht ganz in unserem Sinne, weil wir eine Ungleichheit haben zwischen Kantonsstrassen in der Stadt, in städtischen Gebieten, und auf dem Land. Und da haben wir jetzt ja eine neue Motion zugespielt bekommen und die KEVU-Motion (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, KR-Nr. 366/2023*), die das dann irgendwann regeln soll. Herzlichen Dank.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Wetzikon ist heute auf dem Tapet, wie Sie gemerkt haben. Als Wetziker möchte ich doch Benjamin Walder deutlich entgegenhalten: Es ist ein klares Nein der Wetziker Bevölkerung zu Tempo 30 und zum unsinnigen Ausbau aller Quartiere. Das kann man nicht schönreden und sollte es auch nicht verdrehen. Hören Sie auf die lokale Bevölkerung, nehmen Sie Rücksicht, was da ge-

wünscht wird. Und der Kanton soll dort zusammenarbeiten, wo es Kantonsstrassen betrifft. Aber ich möchte einfach nochmal deutlich sagen: Die Wetziker Bevölkerung hat sich klar gegen flächendeckendes Tempo 30 ausgesprochen.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ich nehme gerne vor allem aus der Sicht der Volkswirtschaftsdirektion zu einigen Punkten Stellung. Immer wieder werde ich gefragt, auch diesmal, warum es nicht «Mobilitätsprogramm» heisst, sondern Strassenbauprogramm. Ja, so steht es halt im Gesetz, in unserem Strassengesetz. Aber ich denke, nicht das ist entscheidend, sondern der Inhalt. Und ich werde Ihnen sicher nicht wegen der Bezeichnung eines Geschäftes eine Strassengesetzrevision vorschlagen.

Einige Punkte: Es wurde von der Präsidentin der KPB bereits erwähnt, wir konnten die regionalen Gesamtverkehrskonzepte, insbesondere Pfannenstiel und Weinland, vorantreiben. Das ist sehr wichtig, auch als Grundlage für die Agglomerationsprogramme und dann eben auch die Finanzierung. Die Agglomerationsprogramme sind wichtig und haben eine Schlüsselfunktion. Da bin ich sehr froh, dass es uns gelungen ist, im letzten Jahr die Glattalbahnverlängerung trotz ursprünglich negativem Entscheid des Bundesrates wieder in das Agglomerationsprogramm aufzunehmen – es wurde auch vom Parlament beschlossen – und dass wir hier vorwärtsmachen können und vor allem auch eine Mitfinanzierung des Bundes haben.

Es wurde auch erwähnt von der KPB-Präsidentin, dass wir am Veloförderprogramm 2 arbeiten, wir setzen das fort. Das hat zum einen zu diesen Standards geführt. Zum anderen ist die Baudirektion mit Hochdruck daran, die Schwachstellen zu beseitigen. Beim Fussverkehr sehen wir uns ganz klar in der Verantwortung für die Schaffung der Grundlagen, das heisst für die Netzplanung. Aber ich muss an dieser Stelle schon sagen, das ist auch eine Verpflichtung der Gemeinden, Herr Kantonsrat Thomas Schweizer, gerade der Fussverkehr. Und ich erinnere daran, dass die Gemeinden seit diesem Jahr 70 Millionen Franken aus dem Strassenfonds für ihre kommunalen Verkehrsinfrastrukturen erhalten. Und in diesem Sinne, denke ich, ist es schon geteilte Verantwortung zwischen dem Kanton, der hier die Grundlagen setzt, aber auch den Gemeinden.

Dann etwas zum Logistik-Thema: Wir haben dieses Jahr im September zum ersten Mal eine Güterverkehrsrunde durchgeführt. Sie hat sehr grossen Anklang gefunden. Ich denke, es ist wichtig, nicht nur über Autoverkehr oder Fussverkehr oder Veloverkehr zu sprechen, sondern

eben auch über die Logistik, weil diese – Sie haben es auch gesagt – in unserem Kanton natürlich immer mehr zu zunimmt, auch wegen den Klicks im Internet und damit den Bestellungen.

Ganz wichtig für mich – und dazu haben Sie jetzt wenig gesagt –, aber ganz wichtig für mich ist natürlich auch die gute Zusammenarbeit zu erwähnen, die wir mit dem Bund haben. Sie erinnern sich, wir konnten die dritte Röhre beim Gubrist im Juli dem Verkehr übergeben. Im Moment werden die alten Röhren saniert bis 2027, und dann wird auch dieses Projekt abgeschlossen sein. Dann die Einhausung Schwamendingen: Dort ist ja der Rohbau abgeschlossen. Die ersten Bäume wurden übrigens bereits gepflanzt und es ist vorgesehen, diese Verkehrsanlage 2024 zu übergeben. Auch unser Einsatz für die Oberlandautobahn hat sich ausgezahlt. Das ASTRA (*Bundesamt für Strassen*) ist mit voller Kraft – ich sage das hier ausdrücklich –, mit voller Kraft an der Umsetzung. Dann die Umfahrung Winterthur – dazu hatten wir ja eine ausgiebige Kantonsratsdiskussion –, auch sie ist auf Kurs. Ich kann Ihnen sagen, dass wir auf der Grundlage der Richtplanfestsetzung jetzt daran sind, eine Absichtserklärung zwischen dem Bund, dem Kanton und der Stadt Winterthur zu erarbeiten, damit wir ebendiese Engpassbeseitigung und auch die Herausforderungen städtebaulicher Natur so rasch wie möglich anpacken können. Dann die Umfahrungen im Kanton: Eine davon wurde erwähnt, das Neeracheried, wir haben aber auch Egglisau und Grüningen. Sie sind bei der Baudirektion ebenfalls mit grossem Engagement an der Umsetzung.

Sie haben einzelne Projekte erwähnt, insbesondere Veloprojekte. Frau Kantonsrätin Corinne Hoss oder auch Herr Kantonsrat Martin Hübscher, ich kann Ihnen versichern: Ich werde diese Projekte sehr gerne auch mit dem zuständigen Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) besprechen. Was Neuhegi-Grüze anbelangt, ist es nicht so, dass hier nichts geht, nur sind wir noch nicht im Bauprogramm. Im Strassenbauprogramm ist es natürlich dann, wenn wir auch bauen, aber dazu werden wir sicher kommen.

Ganz zum Schluss noch etwas zu unserem Förderprogramm Ladeinfrastrukturen, das sehr, sehr guten Anklang gefunden hat: Wir sind auf gutem Wege, das zeigen übrigens auch die neuesten Zahlen des Bundes, des ASTRA. Offenbar sind die Kantone Zürich und Appenzell-Ausser rhoden führend bei der Neuinbetriebnahme der Elektrofahrzeuge. Also offenbar wirkt es in unserem Kanton, und das freut mich. In diesem Sinne danke ich Ihnen ganz herzlich für die engagierte Diskussion – wie üblich, ich habe gar nichts anderes erwartet – und danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich stelle somit fest, dass der Kantonsrat mit dieser Diskussion den Bericht des Regierungsrates über das Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2024 bis 2026 zur Kenntnis genommen hat.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2024 bis 2027

Antrag des Regierungsrates vom 11. Januar 2023 und geänderter Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 31. Oktober 2023

Vorlage 5884a

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Jasmin Pokerschnig und Mitunterzeichnerin vor, auf die Vorlage nicht einzutreten. Sollte auf die Vorlage eingetreten werden, untersteht römisch I der Ausgabenbremse.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 11 zu 4 Stimmen, der Vorlage 5884a zuzustimmen und den Objektkredit an die Stiftung Greater Zurich Area, GZA, von 8,4 Millionen Franken zu bewilligen. Der Kredit umfasst die jährliche Zuwendung an die Stiftung GZA in der Höhe von 2,1 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2027. Beim Standortmarketing des Zürcher Wirtschaftsraums kommt der 1998 gegründeten Organisation Greater Zurich Area eine besondere Rolle zu. Zur Trägerschaft der Stiftung gehören der Kanton Zürich und weitere acht Kantone, die Stadt Zürich, die Region Winterthur sowie 29 Vertretungen aus Privatwirtschaft und Wissenschaft, darunter die UBS (*Schweizer Grossbank*), die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) und weitere Kantonalbanken, sowie die Universität und die ETH Zürich. Die Stiftung finanziert die GZA AG, deren Eigentümerin sie ist. Die GZA AG verfolgt die Strategie, durch die Ansiedlung kompetenzorientierter Unternehmen einen Mehrwert für den Zürcher Wirtschaftsraum zu schaffen. Ihr Fokus liegt auf der Stärkung von sechs ausgewählten wirtschaftlichen

Ökosystemen in technologisch hochstehenden Bereichen. Gemäss Finanzreglement der Stiftung GZA richtet der Kanton Zürich als grösster Beitragszahler jährliche Förderungszuwendungen von mindestens 2,1 Millionen Franken aus. Beiträge in entsprechender Höhe wurden letztmals im Jahr 2020 für den Zeitraum von 2020 bis 2023 bewilligt, Vorlage 5539.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben, WAK, nahm die Beratung der Vorlage im Juni 2023 auf und schloss sie nach insgesamt fünf Sitzungen im Oktober 2023 ab. Die Kommissionsmehrheit erachtet die Arbeit der GZA als wichtig und stimmt dem Antrag des Regierungsrates zu. Sie tut dies auch in Anbetracht eines sich weltweit verschärfenden Standortwettbewerbs und der Bedeutung, die der Kanton Zürich für den Fortbestand der GZA hat.

Eine Kommissionsminderheit hingegen befand, das Standortmarketing sei keine staatliche Aufgabe. Die Rolle des Staates bestehe darin, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Zu diskutieren gab in der Kommission insbesondere die Frage, wie sich das Standortmarketing auch auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele ausrichten lässt. Eine weitere Minderheit fordert denn auch eine Konkretisierung erklärter Nachhaltigkeitsbestrebungen. Zu diesem Zweck seien Kriterien zu erarbeiten, nach denen die Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Unternehmen bewertet werden kann. Im Sinne einer Fristsetzung beantragt diese Kommissionsminderheit die Kürzung der Laufzeit des Objektkredits auf zwei Jahre. Dieser Forderung wurde entgegengehalten, das Konzeptarbeiten mehr Zeit benötigen. Zudem wurden die bisherigen Aktivitäten der GZA, aber auch künftige weitere Massnahmenbereiche der Nachhaltigkeit offengelegt.

Im Verlauf der Diskussion mahnte ein Teil der Kommissionsmehrheit an, die GZA dürfe bei der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, der Unternehmensansiedlung, nicht übermässig mit Auflagen eingeschränkt werden. Wie soeben erläutert, ist diese Vorlage speziell, weil sie eben nicht nur den Kanton Zürich betrifft, sondern direkt auch die erwähnten anderen Kantone, Städte und private Unternehmen sowie die Uni und die ETH. Konkret bedeutet dies, dass die Entscheidungen, die der Kantonsrat heute trifft, ebenfalls für die erwähnten Kantone und weitere indirekte Auswirkungen haben. Insbesondere ist es ein Faktum: Eine Organisation mit dem Namen «Greater Zurich Area» könnte kaum weiterbestehen, wenn eine allfällige Mehrheit vom Zürcher Kantonsrat diese nicht mehr finanziell unterstützen würde.

Namens der WAK bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und die beiden Minderheitsanträge dementsprechend abzulehnen. Danke.

I. Minderheitsantrag Jasmin Pokerschnig, Judith Stofer:

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Bevor ich den Nichteintretensantrag der Alternativen Liste und der Grünen begründe, erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen: Nach all den Superlativen, englischen Begriffen und ausschweifenden Ausführungen schwirrte mir nach der Lektüre der Vorlage 5884a der Kopf. Die wolkigen Ausführungen blieben auch nach mehrfacher Lektüre wolkig und nicht fassbar. Das ist auch kein Wunder bei einer Organisation, die sich dem Marketing und der PR verschrieben hat. Gut verkaufen ist bekanntlich die halbe Miete. Dennoch gibt es einige harte Fakten: Der Greater Zurich Area, GZA, die als Stiftung und Aktiengesellschaft organisiert ist, gehören neun Kantone entlang der Gotthardachse, zwei urbane Regionen, nämlich Zürich und Winterthur, sowie 29 öffentliche, halböffentliche und private Organisationen an. Unter den Privaten sind Versicherer, Immobiliengesellschaften, Steueranwaltskanzleien, Banken und die Holcim (*Schweizer Baustoffkonzern*), öffentliche Organisationen sind ETH, Universität Zürich, EMPA (*Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt*), EAWAG (*Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz*). Und dann gibt es noch die halböffentliche Flughafen Zürich AG.

Das Jahresbudget der GZA betrug für das Jahr 2022 rund 4,4 Millionen Franken. Der Kanton Zürich bezahlt davon 2,1 Millionen Franken, also etwas weniger als die Hälfte des Jahresbudgets. Die privaten und öffentlichen Partner beteiligen sich mit Beiträgen von etwas mehr als einer Million Franken, das heisst, sie steuern ein Viertel des Budgets bei. Die restlichen drei Viertel des Budgets sind also Beiträge der öffentlichen Hand.

Nun komme ich zum Minderheitsantrag der SP: Die Alternative Liste hat für diesen Antrag grosse Sympathie. Die SP fordert Kriterien, ein Bewertungskonzept und ein Monitoring, mit der die ökologische und soziale Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Firmen belegt werden kann. So soll nachprüfbar sein – ich betone, wirklich nachprüfbar –, ob die Fokustechnologien in Einklang mit den Klimazielen des Regierungsrates sind und somit eine qualitative Standortförderung verfolgt wird.

Nach längerem Abwägen ist die Alternativ Liste aber zum Schluss gekommen, den Antrag der SP doch nicht zu unterstützen. Es ist zwar ein Verdienst des Antrags, das er Druck entwickelte und wir in der Kommission etwas handfestere Informationen und auch ein Versprechen für die Zukunft erhalten haben. Die Alternative Liste ist aber nach wie vor überzeugt, dass wir keine weitere Standortmarketingorganisation brauchen. Erstens gibt es unzählige staatliche Standort- und Wirtschaftsförderungsorganisationen auf Ebene Bund, Kantone und Regionen, so auch im Kanton Zürich. Aktuell wird das neue Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz in der WAK beraten. Der Kanton verfügt über ein fast 20-köpfiges Team, das sich seit Jahren um die Standortförderung kümmert. Hinzu kommen die unzähligen staatlichen und privaten Innovations- und Technoparks sowie weitere private Wirtschaftsorganisationen, welche die Interessen der Wirtschaft vertreten. Mir kommt es manchmal fast so vor, dass sich unzählige Organisationen zuvorkommender um die Unternehmen kümmern als um die Menschen, die in diesem Kanton wohnen.

Zweitens wissen wir nicht ganz sicher, ob die Firmen, die sich im Kanton Zürich ansiedeln, hierher kommen dank der GZA oder dank dem Renommee der ETH oder der Universität. Es ist die Frage nach dem Huhn und dem Ei. Hat sich die amerikanische Roboterfirma Boston Dynamics in Zürich angesiedelt dank der GZA oder schlicht und einfach, weil die ETH angeblich die weltbeste Roboterforschungsgruppe hat, wie das die NZZ kürzlich berichtete? Nun, wir wissen es nicht und wir können die Ergebnisse der nicht unabhängigen Beratungsfirma Ernst & Young auch nicht nachprüfen, die jeweils im Auftrag der GZA den sich neu ansiedelnden Firmen einen Fragebogen schickt, um zu erfahren, aus welchen Gründen die Firma sich im Raum Zürich angesiedelt hat und ob dies der Arbeit der GZA zu verdanken ist.

Drittens komme ich aus Sicht der Alternativen Liste zum wichtigsten Grund für die Ablehnung der Vorlage. Wie Altkantonsrat Kaspar Bütikofer bereits vor vier Jahren ausgeführt hat, ist es nicht Aufgabe des Staates, den Steuer- und Standortwettbewerb unter den grossen Wirtschaftsräumen mit weiteren Steuergeldern anzuheizen und Firmen aktiv anzuwerben. Weil das Kapital mobil ist, zieht es dorthin, wo es gerade am günstigsten ist. Sobald der Standort ausgereizt ist, zieht die Karawane weiter. Die Folgen muss die hier ansässige Bevölkerung ausbaden. In der Stadt Zürich macht sich das bereits mit den übersteuerten Wohnungen bemerkbar.

Wer die kantonale Wirtschaftsförderungsorganisationen genauer unter die Lupe nimmt, stellt fest, dass sich die staatlichen Förderorganisationen zu eigentlichen Nanny-Staatsorganisationen entwickelt haben, die einzig dazu da sind, den Unternehmen den roten Teppich auszurollen. Sie sind dienstleistungsorientiert, sie bieten einen Rundumservice von der Arbeitsgenehmigung bis zum Steuerruling, garantieren direkte Ansprechstellen für Behörden und Verwaltung und sind vor allem sehr verschwiegen. Sie können sagen, was Sie wollen, aber für mich ist das ein regelrechter Ausverkauf der Heimat.

Ich komme zum Schluss: Aus all diesen Gründen und noch mehr hat die Alternative Liste zusammen mit den Grünen den Nichteintretensantrag gestellt. Tritt der Rat dennoch darauf ein, werden wir am Schluss die Beiträge für die GZA nicht bewilligen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Bevor ich der Fraktionssprechenden das Wort gebe, begrüsse ich den Landespräsidenten des Kantons Graubünden (*Sepp Caluori*) auf der Tribüne sowie das Ratspräsidium und die Fraktionspräsidien des Grossen Rates Graubünden. Herzlich willkommen in Zürich.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Die SVP/EDU-Fraktion wird dem Objektkredit zustimmen. Ziel des Standortmarketings ist es, qualitative und attraktive Unternehmungen zur Ansiedlung in das GZA-Gebiet zu bewegen. Wir sind nicht die Einzigen auf dieser globalen Welt, die um tolle und innovative Firmen buhlen. Der Wettbewerb wird immer grösser und komplizierter. Auch von Amerika über Asien und weiter werben die Metropolitan-Regionen um Unternehmungen mit hoher Wertschöpfung und nachhaltigem Mehrwert und damit um zusätzliche Arbeitsplätze. Gemäss Berichten ist der Anteil des Kantons Zürich an den Brutto-Ansiedlungen von Firmen durch die GZA 26 Prozent und an den neu geschaffenen Arbeitsstellen 40 Prozent – nicht mit eingerechnet sind die indirekt geschaffenen Arbeitsstellen im Kanton Zürich – und generieren diese Firmen einen Steuerertrag von 329 Millionen Franken oder 1,4 Millionen Franken pro angesiedeltem Betrieb. Für jeden Franken, den man investiert, kommen 13 Franken retour.

Über die nächsten vier Jahre 2024 bis 2027 wird ein Betrag von total 8,4 Millionen gesprochen. Es werden in sechs Themenfeldern Firmen gesucht, die eine Ergänzung zum jetzigen Umfeld sind. Durch die langjährig aufgebauten internationalen Verbindungen der GZA können gesuchte neue Firmen gefunden werden. Dieser wichtige Umstand der

Vernetzung darf nicht gefährdet werden. Es würde wieder Jahre brauchen, um das aufzubauen. Wir sind bei der GZA in einem Verbund von neun Kantonen. Es braucht den Kanton Zürich in diesem Verbund und wir profitieren auch am meisten in absoluten Zahlen. Steuertechnisch ist der Kanton Zürich für Firmen ganz sicher nicht der attraktivste. Wir als Kanton haben sicher viel zu bieten, aber zu welchem Preis? Daher schätze ich die Arbeit der GZA sehr hoch ein, da sie trotzdem erfolgreich Firmen in unserem Kanton ansiedeln oder mit anderen ergänzen. Für den Kanton Zürich ist es wichtig, dass wir vermehrt finanz- und vor allem steuerstarke Firmen ansiedeln können. Wir festigen damit den Wirtschaftsstandort Zürich und auch zukünftige wichtige Steuereinnahmen. Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen und weiss: Wer ernten will, muss säen.

Die Minderheitsanträge wird die SVP/EDU-Fraktion ablehnen. Ich kann es nicht verstehen, dass Sie gegen gute Arbeitsplätze sind, die viele Steuerfranken hergeben. Sind nicht Sie es, die jetzt schon wissen, wie Sie das gute Geld ausgeben und verteilen wollen?

Wie gesagt stimmt die SVP/EDU-Fraktion dem Kredit zu. Tun sie Gleiches und sagen Sie Ja zu guten, qualitativen und attraktiven Arbeitsplätzen im Kanton Zürich. Der GZA wünsche ich viel Erfolg und danke ihr für ihre gute und wertschöpfende Arbeit für unseren Kanton.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich): Der Kreditantrag der GZA ist ein Thema, welches uns seit Jahren beschäftigt. Es beschäftigt die SP wie auch den Kantonsrat seit mehr als 20 Jahren. Wir haben uns erneut sehr intensiv mit dem Geschäft befasst. Wir werden dieses Jahr ein Ja mit einem Aber erteilen, denn wir stehen für unseren Minderheitsantrag ein. Wir werden auf dieses Geschäft eintreten. Aber wenn unser Minderheitsantrag keine Mehrheit hat, werden wir dem Kreditantrag ein Nein erteilen. Doch zuerst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Standortförderung:

Eines ist unbestritten: Die GZA engagiert sich seit 1998 für die Ansiedlung von innovativen Unternehmen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Generierung von neuem Steuersubstrat. Der Wirtschaftsraum Zürich ist sehr gut positioniert und ebenso attraktiv für Firmen, Ideen, Talente wie andere Metropolitan-Regionen. Der Wirtschaftsraum Zürich verfügt in seiner Vielfalt optimale Standortfaktoren. Er ist sowohl für Unternehmen wie auch für hochqualifizierte Arbeitnehmende ein begehrter Arbeits- und Lebensraum. Ich möchte das Thema der Arbeitsplätze der GZA aufgreifen, die mutmasslich grösstenteils an ausländische Arbeitskräfte vergeben werden. Wie können Parteien, die

die Zuwanderung möglichst eingrenzen und aggressiv gegen die 10-Millionen-Schweiz propagieren, gleichzeitig wollen, dass die Staatsgelder für die Ansiedlung neuer ausländischer Arbeitskräfte und Unternehmen verschenkt werden? Hier zeigt sich doch, wie widersprüchlich die Wirtschaftspolitik der SVP wirklich ist.

Vor Jahren hat die SP einen Minderheitsantrag gestellt. Dieser Antrag stellte ein Element einer Finanzierung nach Ansiedlungserfolg dar. Nun, die Erde drehte sich, vieles veränderte sich. Mit der neuen langfristigen Klimastrategie des Regierungsrates hat die Nachhaltigkeit eine neue Bedeutung erhalten. Wir haben uns intensiv mit den Kommissionen bezüglich der Nachhaltigkeit der Ansiedlungsbemühungen der GZA debattiert. Die SP fordert einen wirtschaftlichen Strukturwandel von Unternehmungen, die zu uns kommen. Als urbanes Zentrum der Wirtschaftsregion Zürich hat der Kanton Zürich ein starkes Interesse an einer qualitativen Standortförderung, die auf innovative Unternehmen mit einem nachhaltigen Mehrwert setzt. Daher haben wir einen Minderheitsantrag gestellt, der dieses Ziel näherbringt. Zum Minderheitsantrag werde ich später noch unsere Gedanken äussern.

Wir treten ein auf dieses Geschäft, um so unseren Antrag klar zu positionieren.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Im Folgenden werde ich zuerst zur Vorlage und dann zu den Minderheitsanträgen sprechen. Im vorliegenden Geschäft geht es um die Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing 2024 bis 2027. Unser Kommissionspräsident hat Ihnen bereits erläutert, wer dieser Stiftung angehört und wofür sie sich einsetzt. Lassen Sie mich nur die wichtigsten Punkte nochmals erläutern: Die Kernaufgabe der GZA ist die Vermarktung des Wirtschaftsraumes und die Ansiedlung von innovativen Unternehmen. Ihr Fokus richtet sich dabei stark auf die Unterstützung der wichtigsten Technologie-Ökosysteme im Wirtschaftsraum Zürich; Robotik, Fintech und Blockchain, Foodtech und Agritech, um nur einige zu nennen. Dabei verstehen wir als FDP-Fraktion unter Standortmarketing und -förderung eine fördernde Zusammenarbeit von Kantonen, Metropoliträumen und internationalem und lokalem Gewerbe und Tourismus zur Gewinnung von Unternehmungen, die attraktive und genügend Arbeitsplätze anbieten. Dabei gilt es, sich immer schneller wandelnde Trends zu berücksichtigen, die Digitalisierung voranzutreiben und den koordinierten Einsatz von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Der Wirtschaftsraum Zürich ist ein Wohn-, ein Arbeits-, ein Tourismus- und

Wirtschaftsort, eingebettet im Metropolitanraum, der sich mit anderen Wirtschaftsstandorten messen und vergleichen soll und muss.

Mit den veränderten Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel den neuen Arbeitsmodellen, ist die Standortwahl für ein internationales Unternehmen so flexibel wie nie zuvor. In einem ausführlichen Bericht hat Ernst & Young die Ansiedlungserfolge der GZA im Zeitraum 2018 bis 2021 sowie 2009 bis 2021 festgehalten. In den zwölf Jahren investierte der Kanton Zürich 25,5 Millionen Franken, generierte 329 Millionen Franken Steuereinnahmen und es wurden 3769 neue Arbeitsplätze durch 330 Ansiedlungen geschaffen. Geschätzte Judith Stofer, es liegt in der Natur der Sache, dass ein Ansiedlungserfolg nicht nur auf das Engagement einer Organisation zurückgeführt werden kann. Ein solcher Erfolg ist immer ein Zusammenspiel von verschiedenen Beteiligten und deshalb von der Aktivität der Vernetzung von bestehenden Unternehmen mit neuen innovativen Firmen und dem internationalen Austausch zwischen der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Forschung abhängig. Wir sind eine starke Metropolitanregion mit herausragenden Hochschulen, vielen Talenten, einer stabilen politischen Lage, einer ausgesprochen guten Lebensqualität, und Innovation wird grossgeschrieben. Die GZA soll zusammen mit den kantonalen und den regionalen Standortförderungen bei der internationalen Positionierung und Vermarktung des Wirtschaftsraums Zürich eine wichtige Rolle spielen. Zur Erhaltung unseres Wohlstandes müssen wir uns immer wieder von neuem bemühen, als Standort attraktiv zu bleiben und uns weiterzuentwickeln.

Qualitativ hochwertige Ansiedlungen von Unternehmen wirken sich auch auf die Attraktivität als Arbeits- und Wohnstandort aus. Um unseren Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten, genügt es eben nicht, uns mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

Gerne gehe ich nun auf die beiden Minderheitsanträge ein: 2019 forderte die AL mit einem Rückweisungsantrag, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, eine aktive Anwerbung von Firmen zu betreiben, und dass die Effektivität der Stiftung GZA fraglich sei. Mit der gleichen Begründung wollen Sie nun nicht auf das Geschäft eintreten. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass unser Wirtschaftsstandort sich nur erfolgreich weiterentwickeln kann, wenn wir zusammen mit den anderen acht Kantonen, der Stadt Zürich, der Region Winterthur und den 29 Mitgliedern aus der Privatwirtschaft und der Wissenschaft die besten Rahmenbedingungen schaffen, damit es uns gelingt, neue Ansiedlungen zu bewerkstelligen und so unseren Wohlstand erhalten zu können. Wir lehnen den Minderheitsantrag ab.

Der zweite Minderheitsantrag fordert, den Kredit nur für zwei Jahre zu bewilligen, da die GZA zuerst eine Konkretisierung der Nachhaltigkeitsversprechungen aufzeigen soll, bevor weitere Gelder gesprochen werden. Nachhaltigkeit ist auch für uns ein wichtiges Thema. Die GZA ist sich der Nachhaltigkeitsverantwortung bei jeder Ansiedlung bewusst, wie dies auch im aktuellen Ernst & Young-Bericht festgehalten wird. Aus unserer Sicht muss jedes einzelne Unternehmen Nachhaltigkeitsüberlegungen anstellen und einen Beitrag dazu leisten. Die Verantwortlichen der GZA haben der Kommission plausibel dargelegt, dass sie keine schweizerische Einzellösung in dieser wichtigen Frage möchten, sondern seit zwei Jahren mit anderen europäischen Standortmarketing-Organisationen an einer bereichsübergreifende Betrachtung der Nachhaltigkeit und der konkreten Möglichkeit der Umsetzung bei der Akquisition arbeiten. Die Erarbeitung von Nachhaltigkeitskriterien, die für verschiedene Organisationen Gültigkeit erlangen sollen, brauchen Zeit. Es genügt eben nicht, sich oberflächlich mit Nachhaltigkeit zu befassen, sondern dies ist ein begleitendes und andauerndes, eben nachhaltiges Unterfangen.

Es soll auch nicht vergessen werden, dass die GZA in der Schweiz zwölf Mitarbeitende und an den Standorten USA, China und Korea acht Mitarbeitende hat. Diese qualifizierten Mitarbeitenden leisten wertvolle Arbeit. Um Ihnen eine gewisse Planungs- und Stellensicherheit zu geben, muss der Kredit über vier Jahre bewilligt werden. Die FDP-Fraktion dankt der GZA für ihre vorausschauende Arbeit für den Metropolitanraum Zürich. Wir lehnen beide Minderheitsanträge ab und stimmen dem Kredit zu.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Bei der GZA hat sich in den letzten Jahren viel getan. Auf Druck der GLP wurden die Zürcher Beiträge gedeckelt, die Corporate Governance mit einem Code of Conduct verbessert und eine unabhängige Erfolgsanalyse durchgeführt. Bei dieser Analyse wurde festgestellt, dass von 2009 bis 2021 gesamthaft Zürcher Steuererträge von 329 Millionen den Kosten von 25,5 Millionen Franken gegenüberstehen. Das heisst, dass pro 1 Franken rund 13 Franken Ertrag generiert wurden. Weitere Arbeitsplatzeffekte und ausgelöste Geldflüsse sind nicht eingerechnet. Erfreuliche Erkenntnisse! Wichtig ist uns jedoch auch, dass nicht irgendwelche Firmen angelockt werden. Der Fokus muss auf zukunftsfähigen, nachhaltigen Technologien, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung liegen, um so internationale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren und den Standort Zürich zu diversifizieren.

Unsere Anfragen zu einer prospektiven Nachhaltigkeitsbeurteilung wurden bislang immer vehement abgewehrt. Auch hier scheint ein Umdenken in der GZA stattzufinden. Die GZA packt endlich proaktiv Nachhaltigkeitsbestrebungen an. Für die kommenden Jahre erarbeitet sie einen Nachhaltigkeitsstrategieprozess mit Earth Action von Boston Consulting (*US-amerikanische Unternehmensberatungsfirma*). Was lange währt, wird endlich gut.

Mit Sorge beobachten wir auch, in welchem Ausmass die neue OECD-Mindestbesteuerung (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) die Erfolge des Standorts Zürich beeinflussen wird. Uns fällt ein wichtiger Wettbewerbsfaktor weg. Andere Länder setzen neu auf Sonderkonditionen und Förderprogramme. Die Vielfalt der Zuschüsse, Starthilfen, Boni und dergleichen ist derart gross, dass ein Vergleich der jeweiligen Länder ein komplexes Unterfangen wird. Transparenter wird es nicht und für die Unternehmen wird die Entscheidung schwieriger. China verzerrt mit Staatsgeldern schon lange den Wettbewerb. Man rechnet mit 1,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts, verglichen mit 0,4 Prozent in Deutschland oder in den USA. Hoch bezuschusst werden in China vor allem die zehn Schlüsselindustrien, von Biotechnologie bis Raumfahrt, in denen es die technologische Führung übernehmen will; somit dieselben Cluster, die sich auch der Kanton Zürich gesetzt hat. Nun ja, Unternehmen werden sich wohl nicht nur aus finanziellen Überlegungen in China niederlassen, droht ihnen doch die Gefahr des Diebstahls von geistigem Eigentum oder Zwang zum Technologietransfer. Betrachten wir die Situation in den USA, welche Anfang Jahr den «Inflation Reduction Act» verabschiedet haben, das rund 433 Milliarden Dollar schwere Investitionspaket. Die Richtung ist klar, die amerikanische Industrie soll klima- und zukunftsfest gemacht und es sollen entsprechende Unternehmen angelockt werden. Die EU begrüsst die US-Bestrebungen zur Energiewende, befürchtet jedoch, dass europäische Unternehmen benachteiligt werden und es so zu einer Abwanderung in die USA führt. Daher kontert die EU mit dem Green Deal und will dank jährlich 100 Milliarden Euro – Zitat – «der erste klimaneutrale Kontinent werden und die Wirtschaft transformieren».

Die Schweiz muss agil sein und sich auf das neue Umfeld für Standortmarketing einstellen. Die unternehmerische Zukunft ist ökologischer. Unsere Rahmenbedingungen müssen dies widerspiegeln. Wir verfügen über eine sehr gute Ausgangslage mit unseren Top-Forschungsinstituten. Der Wandel vom Image des vorrangigen Finanzplatzes zum Hotspot für innovative und nachhaltige Technologien ist für Zürich unabdingbar. Mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer braucht es eine

neue Standortstrategie und Instrumente, welche Forschung und Entwicklung fördern sowie die Innovationskraft stärken. Das sind unsere Hausaufgaben hier im Rat.

Zurück zur GZA: Die GZA lohnt sich für Zürich. Die Zürcher Neuan-siedlungen sind von Internationalität geprägt. Sie erbringen einen be-deutenden volkswirtschaftlichen Beitrag und erhöhen durch die Vernet-zung und Anziehungskraft die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich. Mit dem neuen Nachhaltigkeitsstrategieprozess wird sich die GZA zukunftsgerichtet positionieren. Wir Grünliberalen stim-men dem Kredit zu. Doch auch in Zukunft werden wir unverändert die Leistungen der Organisation GZA kritisch beobachten und erwarten re-gelmässig aktualisierte Erfolgsanalysen.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Alle vier Jahre debattieren wir über die jährlichen Beiträge von 2,1 Millionen Franken für die GZA beziehungsweise das Marketing im Ausland, damit die GZA Firmen in den Raum Zürich und weiter darüber hinaus bis in den Kanton Tessin anlocken kann. Wir Grünen lehnen den Beitrag an die GZA auch in diesem Jahr aus folgenden Gründen ab:

Der Kanton Zürich ist bezüglich Standortwettbewerb bereits gut aufge-stellt. Wir sind nach wie vor sehr attraktiv. Der Kanton Zürich hat eine hohe Lebensqualität, die Steuern sind verhältnismässig tief und die Ar-beitnehmenden sind sehr gut ausgebildet. Es braucht also keine Steuer-gelder, um weitere Firmen anzulocken. Vielmehr müssen wir die Wachstumsfrage stellen. Neben allen Vorteilen, die Firmen dem Kan-ton Zürich bringen, zeigen sich je länger, je mehr auch die Schattensei-ten des Wachstums. Einerseits beklagen sich Unternehmen wegen des Fachkräftemangels und andererseits beklagt sich insbesondere die SVP über die Zuwanderung. Am 4. Oktober 2023 schreibt unter anderem die NZZ, ich zitiere: «Ein gut qualifizierter Zuwanderer» – sie schreibt halt in der männlichen Form – «zieht einen oder zwei weitere Zuwanderer nach.» Geschätzte SVP-Kollegen und -Kolleginnen, irgendwie geht die Rechnung nicht auf. Man kann nicht weniger Zuwanderung fordern und gleichzeitig alles dafür tun, dass noch mehr Firmen in die Schweiz zie-hen. Mit dieser Politik werden Sie Ihren Wählerinnen und Wählern schlichtweg nicht gerecht.

Zum Thema Fachkräftemangel: Alle sind stolz, wenn Firmen wie bei-spielsweise Google (*US-amerikanischer Technologiekonzern*) nach Zü-richt ziehen, doch was ist passiert? Der Techkonzern wuchs am Standort Zürich innert knapp 20 Jahren von zwei auf 5000 Mitarbeitende an, ein Grossteil von ihnen verdient rund 150'000 Franken und mehr. Einerseits

sprudeln so die Steuereinnahmen, andererseits saugt Google vielen kleinen Unternehmen, die nicht derart hohe Löhne bezahlen können, die Fachkräfte ab, was wiederum die Innovationskraft der kleinen hiesigen Unternehmen beschränkt. Menschen, die so gut verdienen, können beinahe jede Wohnungsmiete bezahlen. Das führt dazu, dass es für die Immobilienbesitzerinnen und -besitzer lukrativ geworden ist, Wohnungen abzureissen und neue Luxuswohnungen hinzustellen, was wiederum für Familien, ältere Menschen und den Mittelstand zu einer existenziellen Wohnungskrise führt. Auch diese Entwicklung müssen wir nicht mit zusätzlichen Steuergeldern, sprich den GZA-Beiträgen, befeuern. Sie sehen, wir befinden uns in einem Dilemma: Einerseits die sprudelnden Steuern und andererseits sind die Schattenseiten des Wachstums nicht zu übersehen. Auch wenn Sie das nicht gerne hören, über kurz oder lang werden wir uns mit dem aktuellen Wachstumszwang auseinandersetzen müssen. Wir werden darüber nachdenken müssen, wie eine Wirtschaft gestaltet werden kann ohne Wachstumszwang und Zerstörung der Umwelt.

Der Antrag der SP, dass die Beiträge an die GZA auf zwei Jahre zu beschränken sind, damit die GZA ein Konzept zur Bewertung der Nachhaltigkeit zur Ansiedlungsunternehmen erarbeitet und zur Anwendung bringt, lehnen wir Grünen ab. Einerseits ändert dieser Antrag nichts an unserer Haltung, dass das Standortmarketing keine staatliche Aufgabe ist, und andererseits ist die Wirtschaft bereits verpflichtet, das Netto-null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Am Schluss zitiere ich Professor Doktor Reiner Eichenberger (*Schweizer Wirtschaftsprofessor*), der bestimmt kein Linker ist und den sogenannten Liberalen hier im Saal bekannt sein dürfte, «Standardförderung – eine Kritik aus ökonomischer Perspektive»: «Staatliche Massnahmen zur Standortförderung sind schwer zu begründen. Das gilt ganz besonders für die Schweiz, denn der wirtschaftliche Erfolg eines Landes beruht auf der Qualität seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik, und diese auf der Qualität seiner politischen Institutionen. Da die Schweiz wirtschaftlich besonders erfolgreich ist, bleibt kaum Spielraum für Wirtschaftsförderung.» Das trifft bestimmt auch für den Kanton Zürich zu. Wer also weiterdenkt, merkt, dass das bisherige Konzept der Standortförderung weder nachhaltig noch zukunftsgerichtet ist.

Wir werden das Nichteintreten logischerweise unterstützen. Das wird ja aber nicht durchkommen, deshalb lehnen wir die Beiträge am Ende ab.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich erspare Ihnen die dritte, vierte oder fünfte Wiederholung der Argumente der Kommissionsmehrheit, denen wir uns vollumfänglich anschliessen. Die Mitte-Fraktion wird als bürgerliche Partei diesen Beiträgen an die GZA zustimmen. Danke.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Mit 24 Jahren bin ich nach Zürich gekommen und ich bin dem Standort Zürich sehr dankbar. Ich fragte damals meinen Vater: «Welche Stelle würdest du annehmen?» Und er fragte: «Was verdienst du in Zürich und was verdienst du in Bern?» Und daher bin ich seit 30 Jahren glücklich in Zürich.

Also: Standortförderung heisst attraktive Stellen, heisst Perspektiven, heisst Zukunft, und daher werden wir diesen Kredit sicher unterstützen. Worüber ich etwas gestolpert bin, ist der Name «Greater Zurich Area». Ich habe mir dann überlegt, wie gross diese Area ist. Und als ich dann festgestellt habe, dass der Grossraum Zürich bis ins Tessin reicht, habe ich mir dann schon überlegt, ob vielleicht beim Namen noch ein gewisser Anpassungsbedarf besteht. Ich bin schon begeistert von Zürich, aber ob das jemand in Graubünden, Tessin und Solothurn gleich sieht, ist dann eine andere Frage. Jetzt heisst «great» ja nicht nur «gross», sondern auch «grossartig». Und was grossartig ist oder was ich grossartig finde, ist, wenn wir Topjobs anbieten können. Grossartig finde ich auch, wenn wir an der ETH die besten Forscher haben. Grossartig finde ich auch, wenn wir nicht alle ins Silicon Valley pilgern müssen. Aber grossartig ist auch ein Rüepli aus Höri, grossartig ist auch ein Restaurant aus Rafz und grossartig ist auch ein Theater in Winkel.

Wir freuen uns, dass wir pro Franken mehrere Franken rausholen, aber Standortförderung beginnt auch bei der Förderung der Personen, die hier leben und an diesem Ort wohnen. Wir wollen also auch gut ausgebildete Jugendliche in der Schweiz. Wir wollen auch attraktive KMU in der Schweiz. Wir wollen nicht nur Zuwanderer, die 150'000 Franken verdienen und sich die Wohnung leisten können. Wir wollen beides. Wir wollen auch die Personen, die sich günstigere Wohnungen leisten können. Und auch für die Zuwanderer ist es spannend, wenn sie in Quartieren leben, wo nicht nur IT zu Hause ist.

Also: Wir stehen hinter der Standortförderung und für mich persönlich ist es ein Affront, wenn aus einem anderen Kanton gesagt wird, die beste Standortförderung für Zug sei beispielsweise die Politik des Kantons Zürich. Das ist nicht mein Ziel und nicht unser Ziel. Wir wollen

gute Arbeitskräfte hier vor Ort, wir wollen attraktive Firmen, wir wollen Geld verdienen, das wir dann aber auch einsetzen können für andere und auch für die Schwächeren.

Dann noch ein Hinweis zur Karawane: Wenn ich richtig gelesen habe, ist es nicht so, dass diese Firmen alle wieder verreisen, sondern in einem Bericht habe ich gelesen, dass die Firmen mehrheitlich dann auch bleiben. Es sind also nicht Stop-and-go-Firmen. Es sind Firmen, die kommen, die Arbeitsplätze für ihre Kinder kreieren und die dann mehrheitlich auch bleiben. Von dem her werden wir als EVP-Fraktion den Objektkredit unterstützen und auch beide Minderheitsanträge ablehnen. Das heisst nicht, dass Nachhaltigkeit nicht wichtig ist, überhaupt nicht, doch wir denken, dass die Lösungen, die von der GZA aufgezeigt wurden, dieser Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen, der richtige Weg sind. Wir wollen einen starken Standort, wir wollen eine grossartige Region, aber wir wollen die Menschen hier vor Ort auch fördern und nicht vergessen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir kommen zur offenen Runde, Redezeit maximal fünf Minuten.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Ich habe meinen Vorrednerinnen und -rednern sehr gut zugehört und möchte in die gleiche Kerbe schlagen, wie das Jasmin Pokerschnig gemacht hat. Dass die FDP Feuer und Flamme ist für dieses Projekt, ist für mich klar. Es ist letztendlich in der DNA des Freisinns, dass Sie für einen Wirtschaftswachstum eintreten, dass Sie für eine liberale Wirtschaftspolitik eintreten. Also könnte man die GZA auch etwas salopp als «Auslandsfreisinn» bezeichnen. Der Umsatz soll steigen, der Steuerfranken, der da weiter bezahlt wird, entlastet das eigene Portemonnaie; so konsistent, so gut, das ist nachvollziehbar.

Wo ich dann allerdings auch sehr genau zugehört habe, war beim Votum der SVP. Seien das Krippen, Näherbaurecht oder interreligiöser Dialog, es kann irgendetwas hier drinnen sein: mit einem spitzfindigen Winkelzug oder einer Spitzkehre schafft es die SVP immer, dass letztendlich am Schluss die Zuwanderung schuld ist. Nun, in diesem Votum habe ich aber nichts davon gehört. Es wurde nur von Arbeitsstellen und Arbeitsplätzen gesprochen. Ja, wer steht dann hinter diesen Arbeitsplätzen? Das sind Leute. Das sind Leute, die von aussen, aus dem Ausland in unser Land kommen. Hier wird aber die Diskussion nicht geführt, als sei die SVP auf diesem Auge blind. Warum wird das den eigenen Wählerinnen und Wählerinnen nicht so dargestellt, dass Sie sagen «wir sind

zuwanderungskritisch, aber nur in jenem Fall, in diesem Fall sind wir aber für die Zuwanderung»? Das wäre mal eine offene, konsistente Politik, die die SVP fährt, davon habe ich hier drin jetzt überhaupt nichts gehört. Ich würde mich noch sehr freuen zu erfahren, wie sich die SVP zu diesem Punkt positioniert. Besten Dank.

Rafael Mörgele (SP, Stäfa): Wir werden es gleich feststellen, der Kredit für die GZA wird heute eine Mehrheit finden. Aber ich denke, der Gegenwind wird stärker. Ich glaube, ich spreche für einen Grossteil meiner Fraktion, wenn ich sage, dass es so mit der Standortförderung nicht mehr weitergehen kann wie bisher. Wir von der SP sind grundsätzlich dagegen, dass wir steuern, was für eine Wirtschaft wir hier in diesem Kanton haben. Und das ist ja eigentlich die GZA auch. Man nimmt sich irgendein Ziel vor, wen man hierhaben möchte. Dann geht man diese im Ausland an und versucht, sie in den Kanton zu holen. Aber damit wird eine Selektion gemacht. Da wird überlegt, wer, welches Unternehmen überhaupt zu unserem Kanton passt, und diese Überlegungen muss man weiterdenken als der enge Rahmen es vorgibt, wie es bis jetzt gemacht worden ist. Denn ein rein quantitatives Wachstum der Wirtschaft können wir uns nur schon aus ökologischer und aber auch aus sozialer Sicht nicht mehr leisten.

Das Wort «Nachhaltigkeit» wurde auch in der Debatte jetzt mehrere Male schon gebracht und auch in der Diskussion in der Kommission immer wieder betont, auch von der GZA. Das Wort «Nachhaltigkeit» ist aber von der üblichen Seite, wie jetzt heute auch von meiner Kollegin Doris Meier, immer nur mit wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gefüllt worden. Natürlich ist es wirtschaftlich nachhaltig, wenn wir neue Firmen im Kanton Zürich ansiedeln, aber wir müssen eben auch die ökologische und die soziale Nachhaltigkeit unbedingt stärken. Das sagt auch die GZA. Auch die GZA sagt «oh ja, natürlich, das ist uns ganz, ganz wichtig, und nicht nur die wirtschaftliche Nachhaltigkeit, sondern auch die anderen beiden». Auch die anderen beiden Sachen, die ökologische und die soziale Nachhaltigkeit, sind ihr wichtig, aber erst nachdem wir nachgefragt haben, erst nachdem wir unseren Minderheitsantrag gestellt haben. Und deshalb ist es auch nicht unbedingt logisch, dass wir dann einfach darauf vertrauen, dass die GZA das dann schon irgendwie umsetzt.

Ich erspare mir meine winzige Kritik an der Inkonsistenz der SVP und gehe einfach weiter, denn wir haben das heute ja schon ein paarmal gehört. Wir von der SP haben immer gesagt, dass wir nur zwei Optionen

haben in diesem Geschäft: Entweder wir kürzen das Geld oder wir kürzen die Zeit. Wir haben uns für die Zeit entschieden, denn wir wollen sehen, dass die GZA in zwei Jahren da auch wirklich Taten auf ihre guten Worte folgen lässt. Falls unser Antrag jedoch keine Mehrheit findet – so, wie ich das herausgehört habe, wird das der Fall sein –, dann müssen wir uns des zweiten Instruments, nämlich des Geldes, bedienen und den Kredit ablehnen. Ja, auch wenn Sie heute diesen Kredit durchwinken, werden wir von der SP die GZA und auch die Standortförderung im Allgemeinen weiterhin kritisch begleiten. Wir werden die ökologische und soziale Nachhaltigkeit weiterhin bei der GZA und auch beim neuen Standortförderungsgesetz einfordern. Dies sind wir nicht nur der heutigen, sondern auch der nächsten Generation von Zürcherinnen und Zürichern schuldig.

Paul Mayer (SVP, Marthalen) spricht zum zweiten Mal: Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen ist nicht widersprüchlich zur SVP-Politik. Wir sagen ja, es kommen zu viele und die falschen. Wir wollen, dass der Bund die Zuwanderung wieder steuert, das wäre sein Auftrag. Wir sind nicht gegen innovative und attraktive Unternehmungen und deren Arbeitsplätze. Es werden hier ansässige Firmen ergänzt. Daraus entstehen gute Jobs und gute Steuerzahler. Und zu Jasmin Pokerschnig, wir sind mit unserer Steuerhöhe und Steuerpolitik mit Abstand nicht bei dem Vordersten. Und wenn du den Kanton Zürich suchst, musst du hinten anfangen.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, liebe SVP, ihr wisst es eigentlich besser als wir: Gut qualifizierte Menschen reinigen ihre Wohnungen nicht selbst, sie lassen reinigen. Sie bringen ihre Hemden zum Bügeln und Waschen. Sie lassen ihre Kinder hüten – von wem auch immer. Also bitte, Sie wissen haargenau, dass die Wirtschaft die Zuwanderung bestimmt – und nicht die Politik. So sieht's aus, seit Jahren schon.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Ich möchte Sie an Artikel 121a der Bundesverfassung erinnern: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Wenn natürlich die Verfassung im Gesetz nicht umgesetzt wird, kann die Schuld nicht jenen zugewiesen werden, welche sich dafür einsetzen. Die Schuld muss bei denen gesucht werden, die sich geweigert haben, die Verfassung entsprechend umzusetzen. Das in die Wirtschaftsförderung zu kumulie-

ren und in Zusammenhang zu bringen, ist etwas gar gesucht. Wir versuchen mit der Wirtschaftsförderung Unternehmen hier anzusiedeln, damit es attraktive Arbeitsplätze gibt für jene Personen, denen es erlaubt werden soll, in der Schweiz zu arbeiten, für jene, die hier bereits sind, sowie für die qualifizierte Zuwanderung, welche die Bundesverfassung in Artikel 121a entsprechend auch vorschreibt. Dies ist zu berücksichtigen und entsprechend sind der Standortförderung auch keine Steine in den Weg zu legen und dies mit der Zuwanderungspolitik zu verbinden. Die Zuwanderungspolitik ist von Bundesbern endlich richtig umzusetzen und hierfür haben wir auch unsere neue Initiative gestartet: 10 Millionen sind genug.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ich spreche auch zu den Minderheitsanträgen und dann zur Vorlage: Zuerst, liebe Grüne und Alternative Liste, Sie gehen von der irrigen Annahme aus, dass Nachhaltigkeit nicht mit Wirtschaftswachstum vereinbar sei. So einfach ist das bei Ihnen, Wachstum ist für Sie zwangsläufig mehr Emissionen. Wachstum ist vor allem etwas, das der Umwelt schadet, und Ihr Fazit ist dann relativ klar: Klimaschutz ist nur möglich, wenn die Wirtschaft schrumpft. Liebe Grüne, die Wirtschaft schrumpft, wenn Sie nicht mehr wächst. Das müssten Sie mit Ihrer grossen Liebe zur Natur eigentlich auch sehen. Fakt ist aber – und jetzt bitte ich Sie wirklich, hinzuhören –, die Treibhausgasemissionen sind in der Schweiz seit 1990 um 18 Prozent gesunken. Die Quelle dafür ist das Bundesamt für Umwelt. Und gleichzeitig ist aber die Wirtschaftsleistung um 65 Prozent gewachsen. Schauen Sie, unsere Gesellschaft hat Herausforderungen, was das Klima anbelangt, niemand sagt, das sei nicht so. Aber wir werden diese Herausforderungen nicht schaffen, wenn wir dazu keine Investitionen in die Treibhausgasneutralität mehr tätigen können, das geht nicht ohne Investitionen. Und ohne Wirtschaftswachstum, liebe Grüne, werden wir die Finanzen, um diese Klimakrise, wie Sie das nennen, stemmen zu können, werden wir das Geld dazu schlicht nicht haben. So einfach ist das. Je mehr Wohlstand wir haben, desto mehr können wir auch in den Klimaschutz investieren, ganz einfach.

Und betreffend die Auslandstätigkeit der Greater Zurich Area: Glauben Sie wirklich, dass wir Zürcherinnen und Zürcher so toll, so gut sind, dass wir die Herausforderungen einfach selber stemmen können? Wir können alles selber stemmen, wir brauchen nicht die Besten auch aus der ganzen Welt, sind wir es offenbar schon, die Besten? Die Realität ist aber: Ohne dass wir zum Beispiel eine Forschung haben, die Weltruf genießt, werden wir es nicht schaffen, auch den Klimawandel nicht und

auch nicht die vielen innovativen Unternehmen holen, seien es grosse, seien es kleine, seien sie schon hier oder seien sie eine Bereicherung aus dem Ausland. Nur gemeinsam werden wir das schaffen.

Hinzu kommt: Die Greater Zurich Area hat bereits vor zehn Jahren Pionierleistung erbracht, auch wenn Sie das – ich weiss auch nicht – irgendwie nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die Greater Zurich Area setzt schon lange nicht mehr auf quantitatives Wachstum. Es geht uns überhaupt nicht darum, möglichst viele Unternehmen in den Kanton zu holen, sondern eben die Qualifizierten für ein qualitatives Wachstum, diese Unternehmen wollen wir hier im Kanton Zürich. Nur wenn wir weiterhin ein so grossartiger – das darf ich als Volkswirtschaftsdirektorin sagen –, ein so grossartiger Standort sind und bleiben, dann werden wir auch weiterhin investieren können, zusammen mit hervorragenden Bildungsinstitutionen, unseren Start-ups, Generationenprojekten wie in Dübendorf (*gemeint ist der Innovationspark Zürich*), nur gemeinsam können wir das schaffen. Das Nichteintreten Ihrer Partei, liebe Grüne, kann ich insofern nicht nachvollziehen, als Sie auch begründen, es gebe schon unzählige Organisationen, die sich im Kanton dieser Aufgabe widmen. Das ist total falsch. Der Kanton Zürich und unsere Standortförderung pflegen die Unternehmen – übrigens haben wir über 100'000 Unternehmen im Kanton Zürich –, keine 20 Personen betreuen diese. Diese über 100'000 Unternehmen sind wichtig, aber was noch wichtiger ist: Wir haben keine Plattform im Ausland. Wir haben nur Greater Zurich Area, die im Ausland tätig ist, sonst sind wir nicht präsent.

Zur SP, sie will ja den Kredit nur auf zwei Jahre gewähren, damit man ein Nachhaltigkeitskonzept macht, muss ich sagen: Ja, das klingt sicher gut, «Nachhaltigkeit», nur können wir das in dieser Zeit schlicht und einfach nicht stemmen. Der SP-Antrag hätte zur Folge, dass wir bereits in einem Jahr wieder mit einem neuen Verpflichtungskredit kommen müssten. Und in diesem Jahr müssten wir ein Bewertungskonzept auf die Beine stellen, das dann von allen Kantonen noch unterstützt würde. Wir haben die Arbeiten begonnen, das wurde Ihnen in der Kommission ausführlich geschildert, aber wir können es nicht in einem Jahr stemmen, da auch noch alle anderen Kantone, wie gesagt, zustimmen müssen. Aber ich bin schon etwas irritiert, liebe SP, ich bin schon irritiert, dass Sie als Sozialdemokratische Partei den Mitarbeitenden genau noch ein Jahr Planungssicherheit oder Jobsicherheit gewähren wollen, nur noch genau ein Jahr für Leute, die sich ziemlich ins Zeug legen, und obwohl wir auch einen Fachkräftemangel haben. Was wäre das für ein Signal aus dem Kanton Zürich, wenn das Herz des Wirtschaftsraums Zürich hier nur noch zögerlich mitmacht, bedenken Sie das doch!

Die Greater Zurich Area macht etwas, was unabdingbar ist für einen erfolgreichen Standort, weil wir nur so innovativ bleiben und auch unsere Zukunftsfähigkeit fördern können. Wir brauchen die Besten aus der ganzen Welt, damit wir als Kanton und als Greater Zurich Area weiterhin die Besten sind. Wir brauchen die besten Fachkräfte, wir brauchen die besten Hochschulen natürlich, aber wir brauchen vor allem die Qualitäten, die diese Unternehmen und ihre Mitarbeitenden qualitativ in unseren Standort bringen. Denn wir allein sind schon toll, aber allein können wir es nicht stemmen. Das Ziel muss sein, dass wir im Kanton Zürich auch in Zukunft eine resiliente Wirtschaft haben, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft haben, eine Wirtschaft, die auch morgen attraktiv ist für die Generation, die noch kommen wird. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen für die Zustimmung zum Kredit.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Jasmin Pokerschnig gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 144 : 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf die Vorlage 5884a einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Harry Brandenberger, Rafael Mörgeli, Birgit Tognella-Geertsen:

I. Für die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing im Zeitraum von 2024 bis 2025 wird ein Objektkredit von Fr. 4200000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit, bewilligt.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich): Der Regierungsrat beschloss 2022, dass der Kanton Zürich klimaneutral werden soll. Er strebt an, dies bis 2040, spätestens ab 2050 zu erreichen. Dieses Ziel verankerte der Regierungsrat in der langfristigen Klimastrategie. Dies veranlasst uns, einen wirtschaftlichen Strukturwandel voranzutreiben und Zürich zu einem im Bereich «Ökologie» führenden Wirtschaftsstandort wei-

terzuentwickeln. Wir sind überzeugt, eine Ansiedlung innovativer Unternehmen ist nachhaltig und kann gemeinsam mit der GZA den Wirtschaftsstandort Zürich klar positionieren. Mit Transformation zum Netto-null-Ziel, mit einer klimaneutralen Energieversorgung, mit Energieeffizienz und -suffizienz, mit einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und mit sozialen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel einer sozialen Sicherheit in den Unternehmungen, kann das Klimaschutzziel erreicht werden. Die GZA AG soll sich stärker zur Nachhaltigkeit in den angesiedelten Unternehmen verpflichten, wie das auch schon mehrere Unternehmungen im Kanton Zürich tun. Die ZKB ist nun ein solches Unternehmen, das dies als seine Aufgabe ansieht.

Mit einer nachhaltigen Standortförderung kann sich die GZA abheben. Zürich ist ein weltoffener und wirtschaftlich starker Kanton, eine Ansiedlung nachhaltiger und innovativer Firmen stärkt dabei nicht nur die Zürcher Firmenlandschaft, sondern sorgt dafür, dass er auch im Ausland als ein solcher wahrgenommen wird. Wir möchten daher die Finanzierung auf zwei Jahre begrenzen. Die GZA soll innert zwei Jahren ein Kriterienraster der Nachhaltigkeit der angesiedelten Unternehmen erarbeiten.

Mit unserem Minderheitsantrag fordern wir, dass die GZA AG ein Bewertungskonzept der anzusiedelnden Firmen punkto Nachhaltigkeit erarbeitet und implementiert. Ab dem Jahr 2026 soll definitiv dieses Bewertungskonzept bei der Standortförderung angewendet und auch im Nachhaltigkeitsmonitoring belegt werden. Zudem möchten wir die GZA auffordern, ihre Strategie so anzupassen, dass die Fokustechnologien in Einklang mit den Klimazielen des Regierungsrates stehen.

Wir sind uns bewusst, dass zwei Jahre eine sehr kurze Zeit für so eine Forderung sind. Die bisherigen Aktivitäten der GZA AG im Bereich der Nachhaltigkeit wurden uns offengelegt. Das ist zeitgerecht für ein gutes, fundiertes Bewertungskonzept. Es ist uns klar, aber seit langem ist die Nachhaltigkeit ein Thema in der GZA. Am letzten Perspektivenanlass der GZA im August wurde folgender Claim weitergegeben, ich zitiere: «Wir schaffen einen Mehrwert für den Wirtschaftsraum Zürich und die Schweiz durch Ansiedlung nachhaltiger und zukunftsweisender Unternehmen.» Schön, wirklich schön, aber ich bin ernüchert und auch irritiert und auch «hässig»: Erst als die SP diesen Minderheitsantrag auf den Tisch gelegt hat, wurde uns dieser Nachhaltigkeitsfahrplan offengelegt. Braucht es immer äusseren Druck, damit die GZA die Anträge der Kommission ernst nimmt? Da dieses Geschäft uns alle vier Jahre beschäftigt, stiess ich auf ältere Ratsprotokolle. Schon im Jahr 2015 wurde zur Nachhaltigkeit keine befriedigende Antwort gesprochen. Das

eigentliche Anliegen der SP ist die Verbindlichkeit der GZA. Wir haben das Jahr 2023, die GZA nimmt sich Zeit, sehr viel Zeit. Und wie verbindlich sind die Versprechungen «wir schaffen einen Mehrwert, den Wirtschaftsraum Zürich durch Ansiedlung nachhaltiger und zukunftsweisenden Unternehmungen»?

Daher plädiere ich für unseren Minderheitsantrag. So muss die GZA innert zwei Jahren eine Bewertung liefern, welche die Position der Nachhaltigkeit in der GZA aufzeigt, Fleisch am Knochen hat und nicht nur der Knochen ist, eine klare Haltung zur Nachhaltigkeit zeigt und den Willen, dies in der GZA zu verankern. Wir sind überzeugt, durch Ansiedlung nachhaltiger und zukunftsweisender Unternehmungen, durch ein Konzept zur Bewertung der Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Unternehmen wird der Wirtschaftsstandort Zürich attraktiver und kommt der langfristigen Klimastrategie des Regierungsrats einen Schritt näher. Ich bitte Sie, hier im Rat für eine zukunftsweisende und nachhaltige Standortförderung einzustehen, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen und so die GZA zur Verbindlichkeit aufzufordern. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Noch kurz zum Antrag der SP: Ich hatte in der Kommission sehr viel Freude an dem Antrag, denn er versetzte die GZA etwas in Hektik oder in nachdenkliche Stimmung. Zumindest mussten die Leute von der GZA reflektieren, und das war sicher sehr hilfreich. Und trotzdem unterstützen wir diesen Antrag nicht. Nicht dass wir etwas gegen Nachhaltigkeit hätten, das sollte allen klar sein, aber uns scheint diese Zweijahresfrist etwas eng, und ich bin mir nicht sicher, ob wir da am Schluss einfach ein schönes Papier haben, das sehr viel über Nachhaltigkeit schreibt et cetera. Das Papier ist geduldig und dem trauen wir am Ende nicht wirklich über den Weg. Und eben, wir haben die Klimastrategie des Kantons Zürich und wir haben das Netto-null-Ziel vom Bund und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Ich möchte nur kurz auf die Volkswirtschaftsdirektorin reagieren und auf das Argument, das jetzt gerade auch noch von den Grünen gekommen ist, es sei zu kurzfristig: Also ganz ehrlich, von Haus aus bin ich ja Lehrer. Und wenn ich die GZA ansehe, dann muss ich einfach sagen: Da sind die Hausaufgaben nicht gemacht worden. Sie hätten jetzt jahrelang Zeit gehabt, um irgendetwas zu diesem Thema «Nachhaltigkeit», und zwar eben nicht nur wirtschaftliche

Nachhaltigkeit, zu tun. Und wenn sie immer erst, nachdem wir die Anträge gestellt haben, kommen und sagen «wir brauchen viel mehr Zeit, wir brauchen viel mehr Zeit», dann brauchen sie eben auch noch mehr Zeit in zwei Jahren, das kann ich garantieren, sie brauchen mehr Zeit in vier Jahren und sie werden es nie machen, weil es ihnen kein richtiges Herzensanliegen ist. Wir müssen hier Nägel mit Köpfen machen, und da hätte ich mir wirklich mehr Unterstützung gerade auch von den Grünen und der AL, aber auch der GLP erwünscht, die eigentlich auch ein Interesse daran haben, dass wir eben steuern, dass wir die Wirtschaft in unserem Kanton auch einbinden und sagen: Wir wollen, dass auch diese neuen Firmen, die kommen, sich an die Verfassung und das Ziel einer Netto-null-Gesellschaft in der Verfassung halten und sich auch daran beteiligen.

Und dann noch etwas zu den Arbeitnehmenden, die hier vor die GZA geschoben werden: Also mich freut einerseits, dass Sie, Frau Volkswirtschaftsdirektorin, die gewerkschaftliche Seite einnehmen. Das überrascht. Aber ich hoffe natürlich, dass Sie das weiterhin tun, auch gerade, wenn wir über die Ladungsöffnungszeiten am Sonntag oder am Flughafen (*das folgende Traktandum, KR-Nr. 174a/2020*) sprechen. Aber ganz ehrlich muss man auch sagen: Wir haben andere Kantone, die in dieser GZA sind, die Beiträge über das Budget sprechen. Das heisst, da ist die GZA auch auf jährliche Beiträge, auf jährliche Zusagen angewiesen, also kann das nicht das Hauptargument sein. Nein, das Hauptargument von Ihnen ist klar: Sie wollen das nicht. Sie wollen weiterhin einfach ein quantitatives Wachstum – immer mehr, immer mehr – aber nicht «wie wollen wir es genau?», und da müssen wir sagen: Nein, wir wollen in zwei Jahren Nägel mit Köpfen sehen, und deshalb bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Mich juckt es jetzt schon ein bisschen unter den Fingern, weshalb ich mich nochmals melde.

Ja, ich habe es gesagt, wer ist gegen Nachhaltigkeit? Wer ist eigentlich dagegen? Niemand. Nur muss ich Ihnen sagen: Was man genau darunter versteht bei einer Ansprache im Ausland, welches Unternehmen als nachhaltig bezeichnet werden muss, darüber kann man ja auch diskutieren. Und das liegt nicht so einfach auf der Hand. Und Sie konnten mir zum Beispiel noch keine Ansiedlung der Greater Zurich Area in den letzten Jahren nennen, die nicht nachhaltig wäre. Also glauben Sie doch nicht, dass wir ein Unternehmen im Kanton Zürich oder in der ganzen Greater Zurich Area anziehen wollten, das nicht nachhaltig

wäre oder gewesen wäre. Sonst sagen Sie mir das doch bitte, Herr Kantonsrat Mörgeli, sagen Sie mir das bitte! Wir wollen auch nicht einfach ein schönes Papier machen, da gebe ich Frau Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig recht. Wir wollen nicht einfach ein «Papierli» erarbeiten, das dann gut tönt und nichts verändert. Wir wollen eine Strategie, die seriös ist, die für uns auch Handlungsanweisungen gibt und woran wir uns orientieren können. Und dafür brauchen wir einfach auch die notwendige Zeit und Seriosität. Wir haben Ihnen in der Kommission, denke ich, ausführlich dargestellt, was wir schon machen, welche Experten wir anhören, auch Expertinnen, und diese Arbeit wollen wir jetzt machen, aber das können wir nicht in einem Jahr. Also wir sind uns einig über die Ziele, aber wir wollen trotz allem einen seriösen Weg in dieser Arbeit gehen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Harry Brandenberger gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 133 : 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für Ziffer I stimmen 113 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 18. April 2023 zur parlamentarischen Initiative André Müller
KR-Nr. 174/2020

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Stefan Feldmann und Mitunterzeichnenden auf Ablehnung respektive Nichteintreten vor.

Marcel Suter (SVP, Thalwil) Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 9 zu 6 Stimmen, der geänderten parlamentarischen Initiative zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen zuzustimmen. Mit der von André Müller ursprünglich eingereichten parlamentarischen Initiative wurde verlangt, dass der Kanton Zürich mittels einer Standesinitiative die Bundesversammlung auffordert, die Ladenöffnungszeiten weiter zu flexibilisieren, indem die Anzahl der Sonntagsverkäufe und deren erlaubte Frequenz von heute vier Sonntagen pro Jahr erhöht werden auf maximal zwölf. Dies hätte zeitlich befristet werden können, alles noch unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Die Mehrheit war der Meinung, nicht zuletzt könnten mit den verlangten Bundesrechtsänderungen auch die infolge der Corona-Pandemie verzeichneten Umsatzeinbussen nachträglich teilweise kompensiert werden. Von diesen waren insbesondere der Detailhandel, das Gewerbe und kleinere Dienstleistungsbetriebe betroffen. Die Mehrheit der Kommission hat während den Beratungen in der Kommission die zeitliche Befristung gestrichen. Sie erkennt im Sonntagsverkauf auch unabhängig von der Pandemie ein Bedürfnis. Die Kommissionsmehrheit sieht in den verlangten Änderungen des Bundesrechts ein Mittel, um die Wirtschaftsleistung zu erhöhen, das Einkaufen als Erlebniskonsum zu stärken und dem starken Anstieg des Onlinehandels entgegenzutreten. Für die Mehrheit der WAK trägt die Erhöhung der Anzahl der Sonntagsverkäufe zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Eine Minderheit aus SP, Grünen, AL und CSP lehnt die Erhöhung der Anzahl der Sonntagsverkäufe ab. Die Kommissionsminderheit weist darauf hin, dass das Anliegen von den eidgenössischen Räten im Frühjahr 2021 abgelehnt wurde. Ohnehin können im Kanton Zürich die Läden bereits von Montag bis Samstag ohne zeitliche Beschränkung geöffnet sein. Eine weitergehende Regelung wurde bei der kantonalen

Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 70,68 Prozent abgelehnt.

Namens der WAK bitte ich Sie, der PI zuzustimmen.

Minderheitsantrag von Stefan Feldmann, Melanie Berner, Beat Bloch, Harry Brandenberger, Jasmin Pokerschnig, Birgit Tognella:
I. Die Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten wird abgelehnt.
II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Als diese PI vor anderthalb Jahren für die vorläufige Unterstützung traktandiert war, habe ich in meinem Votum vom alten Wein in neuen Schläuchen gesprochen. Die Forderung dieser PI, mehr Sonntagsverkäufe, war die gleiche alte wie eh und je. Die Begründung – zeitlich befristete Unterstützung des Detailhandels wegen der Corona-Pandemie – war neu, wenn auch nicht besonders originell. Wenn wir nun die durch die WAK geänderte PI anschauen, stellen wir aber fest: Die zeitliche Befristung ist weg, die Corona-Begründung spielt argumentativ nur noch eine untergeordnete Rolle. Und deshalb können wir festhalten: Jetzt ist diese PI nur noch alter Wein in alten Schläuchen.

Als Begründung für mehr Sonntagsverkäufe werden von der Kommissionmehrheit vor allem zwei Dinge angeführt: erstens, dass der Detailhandel durch die Massnahmen zur Corona-Pandemie getroffen worden sei und etwa die Sonntagsverkäufe im Winter 2020 nicht hätten durchgeführt werden können. Und zweiter Punkt: dass dem stationären Detailhandel die globale, digitale Konkurrenz zu schaffen macht und er in diesem Kampf unterstützt werden müsse.

Zum ersten Punkt: Ja, der Detailhandel wurde durch die Corona-Pandemie getroffen, aber mit diversen staatlichen Notfallprogrammen wurde ihm auch massiv geholfen. Nun sind wir schon seit bald zwei Jahren nicht mehr in der Corona-Pandemie, allfällige Nachholeffekte, soweit es sie denn gegeben haben sollte, wurden seither ohne Zweifel bereits konsumiert. Und der Hinweis auf die abgesagten Sonntagsverkäufe 2020 ist dann definitiv an den Haaren herbeigezogen. Oder glauben Sie, irgendjemand hat im Winter 2020 Einkaufsgeld auf die Seite gelegt und sich gesagt «das gebe ich dann an einem der zusätzlichen Verkaufssonntage 2024 aus»?

Und dann zur Konkurrenz durch den digitalen Handel: Ja, das ist eine Herausforderung, für einige sogar ein Problem. Aber auch dieses lösen Sie nicht mit mehr Sonntagsverkäufen. Oder glauben Sie, dass auch nur

eine einzige Person, die am Sonntag am Computer bei Amazon (*US-amerikanischer Onlineversandhändler*) mit einem Klick ein Buch bestellt, dafür in die Buchhandlung geht, nur weil diese an einem zusätzlichen Sonntag geöffnet hat? Die Stärke des Detailhandels ist – und da sind wir uns sicher alle einig – seine Beratungsdienstleistung. Damit muss er punkten, und das an jedem Wochentag. Ein paar Sonntagsverkäufe mehr lösen das Problem mit der digitalen Konkurrenz nicht, wenn die Beratungsdienstleistung nicht stimmt. Also auch das ist ein reines Augenwischer-Argument.

Schliesslich muss auch noch die Frage erlaubt sein: Wer würde denn von Sonntagsverkäufen, von zusätzlichen Sonntagsverkäufen profitieren? Der kleine Gewerbebetrieb, für den Sie sich vermeintlich starkmachen? Oder nicht doch eher die Verkaufsketten oder die Einkaufszentren? Für viele kleine Detailhändler rechnet sich der Sonntagsverkauf nämlich gar nicht beziehungsweise rechnet sich nur in der Weihnachtszeit, weil die Personal- und übrigen Kosten nicht durch den zusätzlichen Erlös hereingebracht werden können. Anders sieht es natürlich für irgendwelche Verkaufsketten aus, welche die Overheadkosten geringer halten können. Also Sie erweisen mit dieser Idee den echten, kleinen Gewerbetreibenden nicht wirklich einen Dienst.

Und schliesslich noch als letzter Punkt: 2012 wurde im Kanton Zürich die Volksinitiative «Der Kunde ist König» abgelehnt. Und es war beileibe kein Zufallsmehr, sondern über 70 Prozent der Stimmberechtigten haben mit ihrem Nein zum Ausdruck gebracht, dass sie keine weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten wollen. Nun schreibt die Regierung in ihrer Stellungnahme, die beiden Vorlagen liessen sich nicht miteinander vergleichen, die Forderungen seien sehr unterschiedlich. Das ist natürlich so. Aber wenn wir ein wenig den Blick öffnen, dann sehen wir, dass die Schweizer Bevölkerung in den letzten Jahren konstant und reihum so ziemlich jede Bemühung um flexiblere Ladenöffnungszeiten abgelehnt hat, zuletzt in den Kantonen Zug und Freiburg. Mal ging es um längere Öffnungszeiten am Abend, mal um diejenigen vor hohen Feiertagen, mal auch um mehr Sonntagsverkäufe wie hier. Sie waren also alle auch sehr unterschiedlich, das Resultat war aber eigentlich immer das gleiche: Die Bevölkerung hält nicht viel von noch mehr und noch weiter liberalisierten Ladenöffnungszeiten. Sie will das gar nicht, Sie politisieren in dieser Frage ganz klar am Volk vorbei.

Wie gesagt, wir diskutieren heute alten Wein in alten Schläuchen. Ein Sprichwort besagt ja, dass das Leben zu kurz sei für schlechten Wein. Das gilt natürlich auch für alten Wein und es gilt noch vielmehr für alten Wein aus alten Schläuchen: Er «müffelet» und er gehört in den

Abfluss gekippt und nicht schön verpackt und mit einem kantonsrätlichen «Mäscheli» versehen nach Bern geschickt. Die Position der SP-Fraktion zum Anliegen dieser PI ist zugegebenermassen auch alt, aber sie ist richtig und sie wird von den Stimmberechtigten gestützt: Wir lehnen eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ab und somit auch diese parlamentarische Initiative. Unterstützen Sie bitte den Minderheitsantrag, besten Dank.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Mehrheit der WAK und wird dem Geschäft zustimmen. Wir erachten es als richtig und wichtig, dass die möglichen Sonntagsverkäufe von heute vier auf zwölf Sonntage erhöht werden. Auch bei zwölf Sonntagen erreichen wir noch nicht die gewünschte Liberalisierung, aber es ist somit zumindest mal ein Sonntag pro Monat. Eine Überweisung heisst aber noch längst nicht, dass diese zwölf Monate dann auch effektiv ausgeschöpft werden. Wichtig zu wissen ist, dass, wenn es mittels Standesinitiative zu dieser Änderung kommen würde, weiterhin die Entscheidung darüber, wie viele Sonntagsverkäufe innerhalb des vom Arbeitsgesetz gesteckten Rahmens möglich sind, weiterhin lokal gefällt wird. Es handelt sich also nicht um eine Pflicht, sondern lediglich um eine Möglichkeit. Ich persönlich bin sehr froh, dass es Branchen gibt, welche bereits heute am Sonntag arbeiten, so zum Beispiel die Branche des Gesundheitswesens, die Polizei, die Landwirte oder die Pfarrer. Wieso man dies einem Grossteil der Arbeitnehmenden vorenthalten möchte, erachte ich als krasse Ungleichbehandlung. Auch ich persönlich bin froh und auch davon betroffen, dass das Arbeitsgesetz zum Beispiel bei uns Wirtschaftsprüfern in den ersten Monaten des Jahres grosse Ausnahmen vorsieht. Weiter handelt es sich um eine Stärkung der freien Wirtschaft, was gerade im Kanton Zürich wichtiger denn je ist. Eine Ausweitung der Möglichkeit der Sonntagsverkäufe gibt zum Beispiel den Detailhändlern die Chance, sich gegen den Onlinemarkt zu behaupten, Wirtschaftskraft in der Region zu halten und Arbeitsplätze zu schützen. Wer sich dagegen wehrt, gefährdet aktiv die Arbeitsplätze, was definitiv unverantwortlich ist. Weiter Stärken belebte Zentren gerade in der Stadt Zürich auch den Tourismus, was effektiv einen ebenfalls positiven Effekt auf Zürich und auf die Wirtschaft und entsprechend natürlich auch auf die Arbeitsplätze haben mag. Aus diesem Grund werden wir, wie eingangs erwähnt, zustimmen. Besten Dank.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Verkaufsoffene Sonntage sind für viele Detaillisten, aber auch für Gewerbebetriebe eine wichtige Ergänzung zum üblichen Tagesgeschäft und bringen dementsprechend auch zusätzliche, dringend notwendige Erträge. Insbesondere sind die Konsumenten an Sonntagen auch entspannter unterwegs und haben mehr Zeit für ein Einkaufserlebnis und Beratungen. Die heutige Regelung mit nur vier verkaufsoffenen Sonntagen ist ein enges Korsett. Und wenn, wie in der Corona-Zeit erlebt, diese wenigen Tagen dann noch ausfallen, hat dies grosse wirtschaftliche Konsequenzen für die Unternehmen. Da diese wenigen Tage auch schon zu Beginn des Jahres jeweils für das ganze Jahr festgelegt sind, gibt es auch keine Chance, die Ausfälle später zu kompensieren. Deshalb ist eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein wichtiger Beitrag, der den Unternehmen die Möglichkeit gibt, auf die Herausforderungen nach mehr Einkaufserlebnis mit attraktiven Sonntagsverkäufen reagieren zu können und sich, entgegen der Ansicht von Kantonsrat Feldmann, vom beratungsfreien Onlinehandel abzuheben. Zusätzliche Verkaufstage sind ein Gewinn für die Kundschaft, schaffen mehr Arbeitsplätze, bringen den Unternehmen mehr Ertrag und steigern dadurch die Wirtschaftsleistung im Kanton Zürich, also eine klassische Win-win-Situation. Deshalb ist eine weitere Flexibilisierung hier dringend angezeigt.

Stimmen auch Sie der Flexibilisierung zu, geben Sie den Detaillisten und dem Gewerbe die Möglichkeit zur Kompensierung der Ausfälle durch Krisen und andere behindernde Situationen. Sie beleben damit auch die Innenstädte und Dorfkerne. Die FDP stimmt der geänderten PI mit dem Antrag auf unbefristete zwölf Verkaufssonntage pro Jahr zu und damit einer notwendigen Flexibilisierung – aufgrund der klaren Gewinnsituation für alle Seiten.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Sonntäglicher Kirchengang und Spaziergang im Kreise seiner Liebsten, egal, ob am See oder nicht, diese Bilderbuchvorstellung entspricht schon lange nicht mehr der Realität. Schon heute ist der verkaufsstärkste Tag im Onlinehandel der Sonntag. Die Bevölkerung hockt somit vor einem Gerät und shoppt im Internet. Die kalte Jahreszeit ist dabei die umsatzstärkste. Sonnenschein lockt unvermindert die Menschen nach draussen, in die Badi, zum Flanieren, Grillieren, Velofahren. Im Winter braucht es andere Anreize, um die Bevölkerung dem Internet abspenstig zu machen. Eine Ausweitung der Sonntagsverkäufe würde somit keine Kirchgänger kapern, sondern Stubenhocker bewegen. Das stärkt die Konkurrenzfähigkeit der

stationären Geschäfte und dient den Gastronomen in deren Nachbarschaft. Überdies entstehen Anreize, dass Gäste ihren Aufenthalt auf den Sonntag ausdehnen. Eine Öffnung fördert den innerschweizerischen Tourismus und begünstigt Tagesausflüge. Zudem werden Arbeitsplätze an Randzeiten geschaffen. Denn es gibt viele Arbeitnehmende, zum Beispiel Studierende, welche gerne an Sonntagen arbeiten und vom Sonntagszuschlag profitieren wollen. Selbstverständlich müssen arbeitsrechtliche Vorgaben erfüllt werden.

Offenbar sind liberale Öffnungszeiten zu annehmbaren Arbeitsbedingungen durchaus zu schaffen. Berggemeinden beispielsweise haben ihre Geschäfte geöffnet. Ist es liberal, wenn der Bevölkerung vorgeschrieben wird, wie und wo sie ihre Freizeit gestalten soll? Oder warum ist Shoppen in Ski- und Wandergebieten in Ordnung, in Zürich aber nicht? In beiden Fällen leisten andere Menschen Sonntagsarbeit.

Das Parlament in Bern zeigt kein Herz für die Zürcher Detailhändler. Daher ist in diesem Fall ein Zeichen aus Zürich nötig, weshalb wir diese Standesinitiative für die Erhöhung auf zwölf Verkaufssonntage unterstützen. Parallel zu dieser Standesinitiative läuft mein Vorstoss für liberalere Ladenöffnungszeiten in Zürcher Tourismusgebieten (*KR-Nr. 94/2021*). Wie es der Tagi (*Tages-Anzeiger*) formulieren würde: Wir bleiben dran.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Bei der Einreichung der PI wurde noch die Corona-Pandemie bemüht, um die Ladenöffnungszeiten auszuweiten. Jetzt ist es wenigstens klar, die Bürgerlichen wollen ohne Rücksicht auf das Verkaufspersonal und die kleinen Läden einmal pro Monat einen Sonntagsverkauf. Es heisst, die kleinen Dienstleistungsanbieter würden besonders profitieren, doch gerade für die kleinen sind Sonntagsverkäufe eine grosse Herausforderung. Es muss ein Tag mehr Lohn bezahlt werden. Und wird das Geschäft allein geführt, fällt auch noch der einzige arbeitsfreie Tag weg. Es wird auch argumentiert, dass die Fachgeschäfte mit den erweiterten Öffnungszeiten dem Onlinehandel entgegentreten können. Doch das funktioniert allerhöchstens dann, wenn auch tatsächlich Fachverkäuferinnen und -verkäufer im Laden stehen; dazu nur das Stichwort «Fachkräftemangel». Aushilfspersonal – oft Studierende – ist schlicht nicht in der Lage, die Kundschaft vertieft zu beraten. Und so wird am Ende das Stammpersonal die Sonntage stemmen müssen. Die kleinen Läden sind also nicht ohne weiteres in der Lage, weitere Dienstsichten abzudecken. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten begünstigt in erster Linie grosse Ketten und ist ein Nachteil für die kleinen Läden.

Die Grünen sind dezidiert der Meinung, dass das Verkaufspersonal Anrecht auf ein Familienleben hat. Der Sonntag ist der Tag, an dem sich die meisten Menschen treffen können, um ihre Freundschaften zu pflegen und Zeit mit der ganzen Familie zu verbringen. Eine Sieben-mal-24-Stunden-Gesellschaft ist aus unserer Sicht schlicht nicht erstrebenswert.

Die Ladenöffnungszeiten sind im Kanton Zürich von Montag bis Samstag bereits vollständig liberalisiert, und die Arbeitszeit des Verkaufspersonals wird heute schon zerstückelt. So ist es möglich, dass sie von 9 bis 14 Uhr, von 14 bis 17 Uhr frei haben und dann von 17 bis 20 Uhr nochmals an die Theke müssen. Das sind keine attraktiven Arbeitszeiten und behindern jetzt schon die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denken Sie bitte etwas ans Verkaufspersonal.

Erstaunlich ist das Engagement der GLP für die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten. So setzt sich die GLP indirekt für mehr Mobilität und Konsum ein. Geschätzte GLP-Kolleginnen, das ist schade und hilft uns bezüglich Klimakrise nicht wirklich weiter.

Nun bleibt zu hoffen, dass die Standesinitiative, sollte sie eine Mehrheit finden, wie schon oft in diesem Rat gesagt und behauptet, keine Wirkung entfalten wird. Wie Grünen lehnen die Standesinitiative ab.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Um es vorwegzunehmen, die Mitte wird die PI grossmehrheitlich ablehnen. Wir haben sie schon nicht vorläufig unterstützt und wir sind zu keinen neuen Argumenten gekommen.

Warum? Also einerseits ist die Standesinitiative – da haben wir schon oft darüber diskutiert – für unsere Fraktion etwas verpönt, gerade für einen grossen Kanton Zürich, der 38 Vertreter in Bundesbern hat. Also wenn Sie wieder einen Vorstoss machen wollen, dann gehen Sie doch diese an, die können das dort direkt einbringen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich nach dem gestrigen Wahlsonntag (*zweiter Wahlgang für den Ständerat*) noch ein persönliches Wort an die Kolleginnen und Kollegen zum meiner Linken, also die Rechte, richten. Ich bin überzeugt, die neue Zürcher Ständerätin (*Tiana Angelina Moser, GLP*) wird Sie bei diesem Anliegen vollumfänglich unterstützen.

Im Weiteren ist es ein weiterer Corona-Vorstoss, der heute wirklich ins Archiv gehört. Für die Mitte sind weitere Sonntagsverkäufe kein dringliches Anliegen. Wir haben es schon gehört, das Portemonnaie der Konsumentinnen und Konsumenten wird nämlich nicht grösser, wenn die Einkaufstage auf sieben Tage verteilt sind, auch wenn sie am Sonntag

anscheinend entspannter sind. Ich möchte aber auch sagen, dass wir sicher mit uns reden lassen, wenn es dann um die Frage geht, wie wir in Tourismusgebieten mit der Flexibilisierung umgehen können.

Und vielleicht noch zum Schluss: Auch nach dem Namenswechsel von «CVP» zur «Die Mitte» haben wir unsere Wurzeln noch nicht ganz vergessen und halten uns an die Bibel, an das Alte Testament, und dort steht: «Am siebten Tage sollst du ruhen».

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Die Bibel wurde ja schon zitiert, also muss ich das nicht mehr machen. Ich weiss nicht, wie Sie es haben, aber ich bin froh um Pausen. Wenn Sie Sport machen, dann machen Sie nicht sieben Mal 24 Stunden Sport, sondern Sie machen Pausen, weil Sie dann besser sind im Sport.

Und jetzt haben wir ja gehört, ob es denn liberal sei, wenn man Vorschriften mache. Und da möchte ich beispielsweise fragen: Ist es liberal, dass wir im Strassenverkehr Vorschriften machen? Es wäre doch liberal, wenn jeder fahren dürfte, wie er will. Da ist es uns klar, dass wir Vorschriften brauchen. Wieso überhaupt nur zwölf Sonntage? Es wäre doch liberal, alle Sonntage einkaufen zu können. Ich persönlich und wir als Fraktion, wir wollen das nicht; nicht, weil wir Sie in der Kirche erwarten, sondern weil es auch in Ihrem eigenen Interesse ist. Braucht es denn mehr Möglichkeiten, um einzukaufen? Fühlen Sie sich vielleicht unterernährt oder unterversorgt? Brauchen wir einen attraktiven Standort? Bringt es etwas, wenn Sie Ihr Geschäft rund um die Uhr offen haben? Das Menu wird nicht besser, nur weil der Kühlschrank rund um die Uhr offen ist. Sie werden auch nicht mehr Umsätze machen, wenn Sie dauernd offen haben. Die Leute haben ein Budget, der Umsatz wird sich einfach anders verteilen. Was wir als Unternehmen brauchen, sind weniger Vorschriften. Der Umgang mit den steigenden Kosten, der Personalmangel, das sind die «Pain Points», die wir haben. Und wieso nutzen dann die Geschäfte die Möglichkeit nicht, von 6 Uhr bis 23 Uhr offen zu haben? Die Unternehmer sind doch nicht dumm. Wieso schliessen die vorher, wenn das Bedürfnis so gross ist? Und dann noch das Covid-Argument (*Corona-Pandemie*): Wenn Sie das BIP (*Bruttoinlandsprodukt*) anschauen, dann haben wir während Covid einen Einbruch erlebt, den haben wir aber voll kompensiert nach Covid. Wir haben mit dem Einbruch und mit der Kompensation nicht mehr Umsatz gemacht, wir haben einfach den Umsatz anders verteilt. Und zudem haben Sie ja noch die Möglichkeit, an 365 Tagen an den so genannten Rail-City-Standorten einkaufen zu können. Und wenn Sie zu wenig

Einkaufsmöglichkeiten haben, dann können Sie ja auch online einkaufen.

Fazit: Es bringt nicht mehr Umsatz, es stresst die Angestellten und es ist weder für die Unternehmer noch die Konsumenten noch die Angestellten zielführend. Als EVP-Fraktion werden wir diese Standesinitiative ablehnen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Läden in Bahnhöfen, Tankstellenshops und Familienläden dürfen heute schon sehr lange geöffnet haben, dies auch an Sonntagen. Und doch, das genügt den Ladenöffnungszeiten-Liberalisierern SVP, FDP und GLP nicht. Auch wenn das nationale Parlament im National und Ständerat vor zweieinhalb Jahren ein Vorstoss für mehr Sonntagsverkäufe versenkte und einige kantonale und kommunale Abstimmungen für mehr Sonntagsverkäufe von der Stimmbevölkerung ebenfalls versenkt wurden, halten die drei Parteien sowie die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) im Kanton Zürich stur daran fest. Die Volkswirtschaftsdirektorin weibelt ja gerne in Bundesbern für eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten und eine Aufweichung der Arbeitszeiten. Schliesslich sollen die Leute doch gemäss der benediktinischen Regel «ora et labora» rund um die Uhr arbeiten – mit der Betonung auf «labora». Das Beten, also das «ora», soll durch Konsum ersetzt werden. Fazit: «Arbeite und konsumiere gefälligst, du musst das Wirtschaftssystem am Laufen halten, die spirituelle Komponente des Lebens bringt nichts. Nur der Wirtschaftsmotor zählt, alles andere ist Verschwendung.»

Ein Blick auf die verschiedenen kantonalen und kommunalen Abstimmungsergebnisse der vergangenen 20 Jahre macht deutlich: Die Stimmberechtigten lehnten drei Viertel der Abstimmungsvorlagen für längere Ladenöffnungszeiten und Sonntagsverkäufe ab. Man kann also festhalten: Es besteht kein grosses Bedürfnis der Bevölkerung nach längeren Ladenöffnungszeiten.

Ursprünglich war die PI einer der zahlreichen Corona-Vorstösse, der ein wichtiges Zeichen an den Detailhandel und das Gewerbe aussenden wollte, die während der Corona-Pandemie unter den Massnahmen gelitten hatten. Ich weiss nun nicht, wie das Zeichen dem Detailhandel und dem Gewerbe drei Jahre nach Corona konkret hilft, aber Zeichen nach Bern zu schicken ist gerade im Trend. Wie das neueste Beispiel aus Olten zeigt, sind die Detailhändler nicht erpicht auf allzu viele Sonntagsverkäufe. Den im Kanton Solothurn möglichen Oktober-Sonntagsverkauf liessen sie nämlich links liegen.

Im Detailhandel arbeiten überwiegend Frauen mit eher mageren Löhnen. Wir wollen deren Arbeitsbedingungen nicht noch mit überlangen Arbeitszeiten verschlechtern. Aus diesem Grund lehnt die Alternative Liste die abgeänderte PI ab.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir kommen zur offenen Runde, Redezeit maximal fünf Minuten.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Obschon ich das Prinzip der freien Marktwirtschaft grundsätzlich gutheisse, muss ich heute entschieden gegen diese Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten sprechen. Als Vertreter der EDU ist es meine Pflicht, die Interessen und das Wohlergehen unserer Gesellschaft und auch dasjenige unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge zu behalten.

Ursprünglich wurde diese Initiative vordergründig im Kontext der Corona-Situation ins Leben gerufen, als zeitliche Flexibilisierung, um die Wirtschaft zu unterstützen. Doch die wahre Absicht der Initianten ist nun klar und deutlich zutage getreten: Die zeitliche Befristung, die anfänglich im Mittelpunkt stand, ist aus dem Diskurs verschwunden. Es geht nicht mehr um die Abfederung der Folgen einer Pandemie, sondern um die permanente Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.

Doch lassen Sie uns die Folgen einer solchen Ausdehnung etwas näher ansehen: Der Druck auf den Detailhandel würde noch grösser werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits jetzt unter anspruchsvollen Bedingungen arbeiten, sind über zusätzliche Öffnungszeiten am Sonntag nicht erfreut. Sie benötigen Ruhe, Erholung und Zeit mit ihren Familien, genau wie wir alle. Unsere Ämter zum Beispiel haben am Wochenende nicht geöffnet. Das ist ein Zeichen dafür, dass auch unsere Gesellschaft Pausen braucht, Momente der Ruhe und der Besinnung. Der Sonntag hat traditionell eine solche Rolle eingenommen und die vorliegende PI bedroht dies direkt. Der Ruhetag wird zum Unruhetag und das Gleichgewicht unserer Wochenstruktur gerät ins Wanken. Ob aus der Perspektive des christlichen Glaubens oder aus gesellschaftspolitischer Sicht, der Sonntag als Tag der Ruhe ist ein grundlegender Bestandteil unserer Kultur und unseres Lebens. Er trägt zur mentalen und physischen Gesundheit unserer Bevölkerung bei und ist ein fester Bezugspunkt unserer gemeinsamen Zeit. Hier sehen wir es für einmal genau gleich wie Jasmin Pokerschnig von den Grünen. Zum Sonntag als Ruhetag muss Sorge getragen werden und diese Initiative untergräbt

dies. Die Vertreter der EDU werden diese PI entschieden ablehnen und ich bitte Sie, dies ebenso tun.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Der Detailhandel, der stationäre Detailhandel, befindet sich in der Krise. Onlineshopping, Einkaufstourismus, veränderte Gewohnheiten und so weiter setzen ihm zu und das spürt man auch in den Dorfzentren. Wir müssen deshalb die Rahmenbedingungen für den Detailhandel verbessern, dazu müssen wir ihm mehr Möglichkeiten bieten. Dazu gehört auch die Möglichkeit, am Sonntag einen Laden offen zu haben. Wohlverstanden, es ist eine Möglichkeit und keine Pflicht, die Entscheidung liegt bei den Unternehmen.

Heute sind die Sonntagsöffnungen ziemlich willkürlich geregelt. Sie hängen in erster Linie von der Lage ab. Sie kennen es, ÖV-Knoten, Tankstellen-Shops oder – darüber reden wir dann auch noch – Tourismuszonen, wer dort seinen Laden hat, ist privilegiert. Für alle anderen Läden ist das unfair. Es ist aber auch unfair gegenüber anderen Freizeitaktivitäten, bei denen es selbstverständlich ist, dass sie am Sonntag geöffnet sind: Öffentlicher Verkehr, Restaurants, Museen, Skigebiete und so weiter, alle dürfen geöffnet sein. Etwas salopp gesagt, darf ich am Sonntag in einer Kneipe ein Bier trinken gehen, einen Salat oder eine Jacke kaufen geht aber nicht. Also so weither ist es dann nicht mit «am siebten Tage sollst du ruhen», aber es scheint so, als sei der Detailhandel etwas Böses, das es am Sonntag nicht geben darf. Dieses bünzlige Bevormunden finde ich unerträglich. Es sind alles erwachsene Menschen, die Sie bevormunden. Immer wieder wird Bedauern geäußert, dass Läden in den Dörfern schliessen müssen, dass Dorfzentren veröden. Sie können aber nicht die Verödung der Innenstädte beklagen und gleichzeitig die Läden geschlossen halten. Denn ein attraktives Detailhandelsangebot gehört einfach zu attraktiven Innenstädten. Schauen Sie nur nach Italien, für viele ein Vorbild, wenn es um beliebte Städte geht. In diesem katholischen Land dürfen Geschäfte am Sonntag geöffnet sein.

Es wurde mehrfach auf Abstimmungsergebnisse hingewiesen, auch auf dasjenige von 2012 im Kanton Zürich zur Volksinitiative «Der Kunde ist König». Die Situation hat sich jedoch seit 2012 erheblich geändert, wer machte damals schon Onlinehandel. Was sich auch geändert hat, ist die Haltung der Regierung. Regierungsrat Ernst Stocker, damals Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, sagte bei dieser Abstimmung zur Initiative «Der Kunde ist König», eine Änderung des kantonalen Rechts bringe nichts, weil das Bundesrecht es immer noch verbieten würde, an mehr als vier Sonntagen Personal zu beschäftigen. Genau das

will diese Standesinitiative ändern. Sie setzt deshalb auf der richtigen staatspolitischen Ebene an und sendet ein wichtiges Zeichen aus dem Wirtschaftsmotor Kanton Zürich nach Bern.

Dann einfach noch etwas zur Aussage, ja, das Bundesparlament hätte das abgelehnt: Das ist auch nicht überraschend, denn die Bergkantone haben ihre Tourismuszoneregeln, die brauchen das gar nicht. Und ich wiederhole noch einmal: Wenn Unternehmen am Sonntag nicht geöffnet haben wollen, dann können sie auch zu bleiben. Dann müssen Sie auch nichts befürchten und können der Standesinitiative zustimmen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich war diesen Samstag an der Bahnhofstrasse und habe dort einen christlichen Prediger gesehen, der laut aus der Bibel rezitiert hat und versucht hat, die Leute von seinen Anliegen beziehungsweise von der Bibel zu überzeugen, dass man dem doch ein bisschen mehr Beachten schenken soll. Er hat mich ein bisschen an Sie, liebe Bürgerliche, erinnert und auch an Frau Walker Späh beim Thema der Sonntagsöffnungszeiten. Nämlich geradezu gebetsmühlenartig hat er nämlich alle Passanten berieselt und versucht, diese von der Bibel zu überzeugen. Und genau so machen Sie es, liebe Bürgerliche, genau so machen Sie es, liebe Frau Walker Späh, und trotzdem interessiert das kaum einen. Zumindest an der Bahnhofstrasse sind die meisten uninteressiert vorbeigegangen. Bloss gibt es hier einen Unterschied: Währenddem der Prediger immer wieder versucht, uns, die Bevölkerung zu überzeugen, nehmen Sie einen anderen Weg. Sie wissen nämlich, okay, gut, die Bevölkerung will das nicht unbedingt. Obwohl Sie wissen, dass die Bevölkerung die erweiterten Ladenöffnungszeiten nicht will und obwohl Sie auch wissen, dass die Städte hierzu gar keinen Bedarf sehen, versuchen Sie es der Allgemeinheit nun aufzudrücken. Und der Grund ist ja auch einfach, wir haben es gerade gehört: Sie verlieren mehrheitlich auch die entsprechende Volksabstimmungen, also benutzen Sie die Hintertür, lobbyieren beispielsweise in Bern – wohl auch in Bern – und sagen, dass dies ein Bedürfnis in Zürich sein soll. Und hier sollte man einfach nochmals klarstellen: Die Bevölkerung von Zürich will diese Verkäufe nicht. Und Ihre Argumente sind, wie bereits treffend gesagt wurde, alter Wein in neuen Schläuchen. Und Sie versuchen es auch immer wieder mit neuen Argumenten: Tourismuszonen, zum einen, sollen den Tourismus fördern, das haben wir bereits gehört. Dass je nach Definition sogar Winterthur oder die Winterthurer Altstadt eine Tourismuszone soll sein soll, das bringt mich als Winterthurer zwar ein bisschen zum Schmunzeln – es bleibt mir nichts anderes übrig –, vor allem wenn ich die Horden von Touristen an einem Sonntag in

Winterthur beobachte, dann haut es mir wirklich den Deckel weg. Und nicht zuletzt muss man auch sagen: Ich sehe es auch ein bisschen als Alleinstellungsmerkmal in Europa, als Alleinstellungsmerkmal in der Schweiz, dass, wenn man in der Schweiz ist und hier Urlaub macht, an einem Sonntag eben genau nicht alle Geschäfte offen sind, dass es eben etwas anderes ist und das gehört doch auch zum Erlebnis dazu. Und auch sonst versuchen Sie nadelartig immer wieder mit kleinen Stichen, mit immer neuen erlaubten Ladensonntagsverkäufen diese Regelung auszuhöhlen, und das braucht es schlichtweg nicht.

Nun hören wir auch wieder einen neuen Begriff, nämlich den Begriff «Einkaufserlebnis». Für mich ist schon das ein Unwort. Es soll quasi die Wirtschaft ankurbeln, als ob sich dadurch plötzlich magisch das Geld vermehren würde. Die Konsumenten sollen mehr Geld ausgeben, haben wir gehört, aber woher das Geld kommt, ist mir ein wenig unklar. Die entsprechende Gelddruckmaschine, die mir am Sonntag mehr Geld generiert, habe ich bisher nicht gefunden. Hier unter dem Schreibtisch ist sie, glaube ich, auch nicht. Wenn Sie mir den Standort verraten können, nur zu gerne. Ich bin auch nicht abgeneigt, ein bisschen mehr Geld zu haben. Dann gehe ich vielleicht sogar am Sonntag einmal einkaufen. Ich bezweifle aber, dass Sie mir dies bieten können.

Und wenn Sie nun noch sagen, ja, mit Sonntagseinkäufen wollten Sie den Internet-Verkauf konkurrenzieren und hätten damit quasi Ihr Gegenmittel gefunden zum Internet gefunden: Ja, dann haben Sie wohl auch definitiv keine richtig funktionierenden Konzepte für die kommende Digitalisierung, um dem Herr zu werden. Ich würde ja gerne sagen «glauben Sie diesbezüglich weiter an den Storch», aber ich befürchte, es ist hier auch nur ein weiteres Argument, mit dem Sie hier Ihren «Grind» durchstieren wollen. Also hören Sie doch bitte auf damit! Hören Sie auf die Bevölkerung oder versuchen Sie, zumindest die Bevölkerung zu überzeugen! Und schützen Sie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht zuletzt die KMU, die sich nämlich solche Öffnungszeiten nicht leisten können. Gehen Sie nicht an der Bevölkerung vorbei! Wenn Sie mehr und längere Ladenöffnungszeiten wollen, dann reden Sie mit der Bevölkerung, überzeugen Sie die Bevölkerung, aber machen Sie es nicht hintenherum. Besten Dank.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Wer mich kennt, weiss, dass ich Standesinitiativen für etwas vom Dümmden halte, was wir hier drinnen machen können, und deshalb wollte ich eigentlich nichts sagen. Aber Sie machen hier wieder eine Grundsatzdebatte um die Ladenöffnungszeiten

und da muss ich dann doch den einen oder anderen Blödsinn korrigieren, der hier mal wieder erzählt wird. Und an den, der am lautesten gelacht hat, wende ich mich jetzt gleich als erstes: Manuel Sahli, du hast dich vorhin lustig gemacht über das Wort «Einkaufserlebnis». Koni Langhart, du hast gesagt, der Umsatz bleibe immer gleich. Das stimmt eben genau nicht. Sie gehen eben genau von demjenigen Bürger aus, der sein Geld auf den letzten Rappen einplant, der immer nur genau das kauft, was er wirklich braucht, und um das geht es ja nicht. Ein Einkaufserlebnis ist eben: Ich gehe shoppen, und dann werde ich vielleicht inspiriert und kaufe mir vielleicht am Sonntag einen Pullover, den ich mir am Dienstag nicht gekauft hätte. Das ist doch genau der Witz der Sonntagsöffnungszeiten. Dann zu Donato Scognamiglio: Du hast gesagt, die Läden machten ja gar keinen Gebrauch von diesen verlängerten Öffnungszeiten. Ja, das stimmt, das ist so. Das ist eben genau deshalb so, weil es freiwillig ist. Es kann nämlich eben genau der am Sonntag aufmachen, der das möchte, der davon profitieren möchte, der vielleicht Produkte hat, die sich an einem Sonntag auch besser verkaufen, wenn die Leute gutgelaunt in den Laden reinkommen und vielleicht auch mal etwas kaufen, das sie vielleicht nicht auf der Liste hatten. Dann ebenfalls zu Donato, ich muss dich jetzt gleich nochmals zitieren, Judith Stofer hat dasselbe gesagt. Judith Stofer hat irgendetwas gesagt von überlangen Arbeitszeiten bei Verkäuferinnen und Donato Scognamiglio hat gesagt, es würden keine Pausen gemacht: Das stimmt doch nicht. Die Arbeitszeit ist immer genau gleich lang. Wer am Sonntag arbeitet, arbeitet dann halt unter der Woche einen Tag nicht. Das Arbeitsgesetz ist hier sehr streng. Es geht nur darum, an welchem Tag man arbeitet. Überstunden – das weisst du ganz genau, Judith Stofer –, die werden ausbezahlt oder kompensiert. Da musst du hier nicht Fake News erzählen, dass überlange Arbeitszeiten gemacht werden. Man arbeitet immer gleich lang, einfach an anderen Tagen oder zu anderen Zeiten. Dann als Grundsatz die Grundaussage, die Sie immer wieder gemacht haben, es bestehe kein Bedürfnis: Das stimmt doch überhaupt nicht. Gehen Sie mal am Sonntag in einen Tankstellenshop, gehen Sie mal im Hauptbahnhof einkaufen, da kommen Sie kaum an die Kasse, weil es so eine lange Schlange hat. Natürlich gibt es ein Bedürfnis. Machen Sie mal so einen Tankstellenshop zu am Sonntag – das musste leider einzelt passieren in den letzten Jahren –, da gibt es riesige Proteststürme, weil sich die Leute halt darauf verlassen, dass sie irgendwo am Sonntag noch etwas einkaufen können. Also dieses Argument zieht überhaupt nicht.

Und dann: Was ist eigentlich mit all denen, die eben trotzdem arbeiten müssen am Sonntag? Die sind Ihnen offenbar einfach egal, die Tramfahrer, die Leute auf dem Notfall im Spital, diejenigen im Restaurant. Einfach an all diejenigen, die heute hier dagegenreden, die ganze vereinigte Linke, aber auch unsere religiösen Freunde von der EDU und von der EVP: Ich will einfach niemandem von euch je in einem Restaurant sehen am Sonntag, denn da müssen die Leute auch arbeiten. Ich will niemanden von euch sehen, wie er sich in ein Tram setzt, denn der Tramchauffeur, die Tramchauffeuse müssen auch arbeiten, die können auch nicht zu Hause bei der Familie sein. Das ist wirklich eine Doppelmoral, die ihr hier vor euch herträgt, und ich erwarte wirklich von jedem einzelnen, der hier Nein stimmt, dass er am Sonntag schön artig zu Hause sitzt und ja nichts konsumiert.

Und dann noch eine letzte Bemerkung: Jasmin Pokerschnig, du hast noch irgendetwas von der sogenannten Klimakrise geredet. Also ich finde es ja schon lustig: Uns wirft man immer vor, wir würden aus jedem Thema eine Zuwanderungsdebatte machen. Ihr schafft es selbst aus diesem Thema noch eine Klimadebatte zu machen, es ist langsam ein bisschen lächerlich. Vielleicht solltet ihr euch ein neues Steckenpferd suchen. Vielen Dank.

Rafael Mörgele (SP, Stäfa): Sie haben mich schon lange nicht mehr am Sonntag in der Kirche gefunden. Aber wo Sie mich finden konnten, ist, während dem Studium an einem Sonntag an der Migros-Kasse (*Schweizer Grossverteiler*). Dort habe ich nämlich gearbeitet. Auch in der Vorweihnachtszeit hatten wir Sonntagsverkäufe, und als Student habe ich das natürlich noch gerne gemacht. Denn es hat eineinhalbmal so viel Stundenlohn gegeben. Jetzt über diese Sonntagsverkäufe habe ich mit dem Filialleiter gesprochen. Er hat mir gesagt: Wissen Sie, Herr Mörgele, wir machen das nicht wegen des Geldes, wir machen ein Minus am Sonntag. Aber wir müssen es machen, denn der Coop (*Schweizer Grossverteiler*) hat auch offen und die anderen haben auch offen. Wir müssen das nur schon aus Prestige Gründen machen und deshalb machen wir halt eben auch auf. Auch der Direktor des Glatt-Einkaufszentrums hat in einem Interview dieses Jahr gesagt, er wolle diese Sonntagsverkäufe gar nicht. Sie machen hier also irgendwelche Türen auf, die der Detailhandel gar nicht möchte. Und wie es Kollege Scognamiglio richtig gesagt hat, die Bevölkerung will es auch nicht. Und nicht nur die Detailhandelsbosse wollen es nicht, sondern auch die Detailhandlungsangestellten wollen es nicht. Aber auch diejenigen, an die Sie vielleicht

nicht denken, das Personal in der Reinigung, das Personal in der Logistik, all diese Leute wollen eben diese Sonntagsverkäufe auch nicht. Jetzt ist natürlich die Frage: Ja, wer will das denn eigentlich? Und da gibt es ein paar, die das wollen, einige Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die das irgendwie als Prestigeprojekt ansehen, wie zum Beispiel Herr Senn, der viel über Bevormundung gesprochen hat. Aber, Herr Senn, mit dieser Standesinitiative bevormunden Sie dann eben indirekt die Mutter, die am Sonntag arbeiten muss und nicht in der Familie sein kann. Sie bevormunden diese Leute, die eigentlich gleichzeitig mit andern Leuten frei hätten und dann synchron mit den Leuten etwas unternehmen könnten. Das ist nicht mehr möglich. Sie bevormunden diese Leute dann indirekt, arbeiten zu gehen.

Wer will es auch noch? Es will dies auch noch die Volkswirtschaftsdirektorin, die den Mantel der Neo-Gewerkschafterin vom vorherigen Geschäft (*Vorlage 5884a*) schon wieder abgelegt hat und hier irgend so ein Prestigeprojekt vorantreiben will; vielleicht, weil sie persönlich gerne am Sonntag einkaufen gehen möchte. Fair enough, Sie können das ja am Hauptbahnhof tun. Wir von der SP tragen den Gewerkschaftsmantel aber mit Stolz und schon seit langer Zeit, werden das auch weiterhin tun und deshalb diese Standesinitiative ablehnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich glaube, wir sind uns einig, es herrscht soweit ein gesellschaftlicher Konsens, dass das Wochenende als arbeitsfrei gelten soll im Generellen. Es gibt aber auch einen Konsens, dass es bestimmte Berufsgruppen gibt, die eben quasi vom freien Wochenende befreit sind, weil sie eben arbeiten müssen, weil sie Dienst leisten müssen. Wir haben es gehört, Mitarbeitende Pflege, Notfalldienst, Polizei, sogar die Pfarrpersonen wurden bemüht. All das sind Dienstleister und diese Dienstleister haben eines gemeinsam: Sie bieten eben kein Einkaufserlebnis. Und das ist genau der Unterschied zu dem, was Sie jetzt versucht haben, uns hier zu verkaufen. Es ist allerdings nicht ganz konsequent. Wenn Sie hier vom Einkaufserlebnis sprechen, dann reden Sie eigentlich nur von einem kleinen Segment von Gewerbetreibenden. Warum darf dann der Automechaniker nicht auch ein Einkaufserlebnis vermitteln am Sonntag? Warum darf da nicht auch der Schreiner am Sonntag arbeiten oder der Elektriker? Ich verstehe nicht, warum der Mitarbeiter des Gewerbeverbandes (*gemeint ist Dieter Kläy, Co-Geschäftsleiter des Schweizerischen Gewerbeverbandes*) hier nicht schon längst aufgesprungen ist und gesagt hat, dann müssten wir es am Sonntag für alle Gewerbetreibenden offen machen. Ich denke, Sie wis-

sen, warum Sie das nicht tun. Sie werden es nicht schaffen den gesellschaftlichen Konsens, wie wir mit dem Wochenende umgehen, einfach aufzuknacken. Und deshalb versuchen Sie es jetzt über die Hintertür mal mit dem Verkauf. Dass Sie eine andere Agenda haben könnten, steht im Raum, und wahrscheinlich lässt sich das so auch nicht bestreiten.

Über die Wirksamkeit dieser Standesinitiative sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Ich hätte mir kaum vorstellen können, dass der Tag einmal kommt, aber heute ist er da, der Tag, an dem ich sagen muss: Ueli Bamert hat recht, ich bin gleicher Meinung wie er, Standesinitiativen sind etwas vom Dümmersten, was es gibt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Den Vorwurf der Doppelmoral stufe ich als schwerwiegend ein. Ich muss sagen, wenn man für einen Grundsatzentscheid ist, dass der Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei sein soll, und dann in ein Restaurant geht, um ein Familientreffen zu haben, um Geburtstag zu feiern, hat das nichts mit Doppelmoral zu tun, sondern dient dazu, dass die Familie Gemeinschaft pflegen kann, davon profitiert die Gesellschaft. Ich selber habe zehn Jahre lang in einem Betrieb gearbeitet, in dem ich am Sonntag arbeiten musste. Ich sage Ihnen eines: Es war jedes Mal «Gechääre», wer arbeiten musste. Es ist nicht so, dass die Arbeitnehmer sich streiten, wer am Sonntag arbeiten darf, sondern sie werden gezwungen. Ich habe zwei Cousins, die je in einer Coop-Metzgerei arbeiten. Sie werden gezwungen, am Sonntag zu arbeiten. Die meisten Leute wollen am Sonntag nicht arbeiten, genau aus den genannten Gründen. Sie möchten familieninterne Gemeinschaft pflegen können. Das wird mit einer Ausdehnung des Sonntags als Arbeitstag eben torpediert und unterbunden. Es ist ganz wichtig, dass dieser Grundsatzentscheid, dass der Sonntag arbeitsfrei bleibt, bestehen bleibt, zum Wohl unserer Gesellschaft. Dafür stehen wir hier, und die Bevölkerung hat es bisher auch erkannt. Ich bin sicher, sie wird es auch in Zukunft erkennen, dass Geld nicht die oberste Maxime für unsere Gesellschaft ist, sondern es Werte gibt in unserer Gesellschaft, die wichtig sind. Beziehungen sind wichtiger, und wir sind dafür verantwortlich, dass möglichst viele Personen diese Beziehungen auch pflegen dürfen. Danke vielmals.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Meine Interessenbindung: Ich bin Brillenverkäufer an der Bahnhofstrasse. Ich habe mit meinen Kollegen über diesen Vorstoss gesprochen. Wir sind immerhin ein Betrieb an der

Bahnhofstrasse, der circa 120 Leute beschäftigt. Alle wollen am Sonntag nicht arbeiten. Das Interessante ist aber: Wenn ich jetzt auf die Liste für die kommenden Sonntage schaue, wo wir uns für die Sonntagsverkäufe eintragen sollen, dann sind alle 120 Leute eingetragen. Und vor allem sind sie noch mehrfach eingetragen, weil sie wieder gerne Überzeit machen, und so weiter. Das Publikum will auch einkaufen kommen am Sonntag. Sie sagen zwar alle Nein – klar, sage ich auch Nein –, aber wenn es offen ist, gehe ich das dann gerne nutzen. Und ich merke einfach, wie am Samstag und am Sonntag gerne eingekauft wird. Letzten Samstag hatten wir eigentlich um 17 Uhr geschlossen. Ich bin nach 18 Uhr rausgekommen, weil ich so und so viele Kunden noch bedienen musste, die kurz vor 16.45 Uhr noch in den Laden gekommen waren und eine Brille kaufen wollten.

Dann weiter: Die Unternehmer sind tatsächlich nicht dumm, da gebe ich allen recht. Als Beispiel: Mein Chef hat gemerkt, dass eigentlich von 19 Uhr bis 20 Uhr nicht mehr viel läuft, und hat die Ladenöffnungszeiten auf 19 Uhr zurückgestellt. Denn er braucht einfach für diese Stunde so und so viele Leute und das hat sich nicht rentiert. Und ich sage es auch so, ich habe mit meinem Chef darüber gesprochen und er hat gesagt: Wir werden es sehen. Wir werden offen haben, aber wenn sich das einfach nicht rentiert, machen wir wieder dicht. Alle müssen rechnen. Und wenn jetzt dann da vielleicht ein, zwei Firmen aus Prestige Gründen offen haben, dann sollen sie das. Aber ich denke, jeder wird so handeln, wie es auch rechnerisch aufgeht.

Dann möchte ich einfach so sagen: Dieses Thema ist ein Thema voller Widersprüche. Ich meine, ich sag es einfach mal so: ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*), Freitag-/Samstagnacht fährt dieses Ding, ob der Bus voll ist oder nicht, da haben wir kein Problem. Da haben wir gesagt «das machen wir, da gehen wir in den Ausgang, da lassen wir die Sau raus» und das zahlt die gesamte Gesellschaft. Weiter möchte ich auch sagen: Wann machen wir Politik? Wann bereiten wir uns vor auf den heutigen Tag? Auch am Sonntag. Also ich sehe da einfach eine Riesen Interessenverbindung und ich bin der Meinung: Jeder muss, soll das so machen, wie er es für richtig hält. Und die Kunden, die wollen am Sonntag einkaufen, sie sagen es aber einfach nicht. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Man kann ja den Sonntagsverkauf mögen oder auch nicht, das stelle ich da nicht in Abrede. Ich persönlich brauche kein Sonntags-Shopping. Entweder bin ich genetisch anders gewickelt als gewisse Familienmitglieder von mir, aber ich shoppe auch un-

ter der Woche nicht sehr gern. Jetzt muss ich aber leider Ihnen gegenüber mit einer Mär aufräumen, personalrechtlich gesehen. Zu meinen Interessenbindung: Meine Frau ist Personalverantwortliche eines sehr grossen, weltweit tätigen Betriebs. Und wenn sie wieder am Personal-Suchen ist, dann findet sie, wenn sie Stellenausschreibungen macht – ich helfe hier meistens, aber nur in der Administration –, dann ist das von Montag bis Samstag oder bis Freitagabend eine sehr mühsame Geschichte, da gebe ich Ihnen noch recht. Die Arbeitszeiten sind jeweils von morgens 8 Uhr bis abends um 17 Uhr oder 18 Uhr, da findet sie fast kein Personal. Wenn sie dann aber Stellen ausschreibt über das Wochenende und am Sonntag – vor dem sträubt sie sich – dann kommt die Post dann tatsächlich karetteweise mit Bewerbungen. Das Anforderungsprofil ist nebst einem stilsicheren Auftreten und einem gepflegten Auftreten übrigens auch noch, dass man wenigstens zwei Fremdsprachen spricht. Auf die letzte Ausschreibung für drei Stellen gab es 169 Bewerbungen, aber die fünf Stellen für unter der Woche hat meine Frau bis heute noch nicht beisammen. Also die Mär, man zwingt die Leute, am Sonntag zu arbeiten – das will ich damit nur sagen –, die ist völlig falsch. Und meine Frau kriegt täglich Anschriften vor allem auch von ihrer Klientschaft, meine lieben Linken, es sind sehr viele Studentinnen und Studenten, die am Wochenende einen Job suchen, der sehr gut bezahlt ist. Stundenlohnmassig ist diese Firma in der Schweiz fast führend und auch mit den Sozialleistungen. Sie kriegen Personal auch für die Wochenenddienste, jetzt auch wieder neu ausgeschrieben für die Feiertage. Diese Stellen sind zigfach besetzt. Da gibt es kein Rekrutierungsproblem, aber unter der Woche, im normalen Verkaufsbetrieb, da harzt es. Einfach diese Mär, dass jeder, der am Sonntag arbeitet, eigentlich – auf gut Deutsch – eine arme Sau ist, die stimmt so nicht, definitiv nicht. Und glauben Sie mir, auch diese Unternehmen decken das an den Wochenenden, an den Feiertagen meistens mit Teilzeitarbeitern ab, die befristet sind. Also hören Sie auf mit dieser Mär, dass das geknechtete Leute sind, die da am Wochenende arbeiten. Die wollen arbeiten, aber selbstverständlich nochmal, die ganz grosse Frage ist: Will man Wochenend-Shopping machen oder will man das nicht?

Nina Fehr Düsel (SVP, Küssnacht): Ich möchte auch noch etwas zur Gegenseite sagen, unter anderem zu Rafael Mörgeli: Die Flexibilisierung von Öffnungszeiten ist sinnvoll und wirtschaftlich attraktiv. Als Studentin war ich beispielsweise froh, wenn ich ab und zu am Sonntag arbeiten und Geld verdienen konnte. Und auch viele Eltern heutzutage

sind froh, wenn sie sich zum Beispiel in der Betreuung der Kinder abwechseln können. Die Geschäfte sind voll, das sieht man zum Beispiel im Shopville (*Einkaufspassage beim Hauptbahnhof Zürich*). Wenn man hundertprozentig arbeitet, dann hat man nur noch den Samstag, um einzukaufen. Der Onlinehandel wird immer attraktiver und die Geschäfte haben das Nachsehen. Niemand wird gezwungen zu arbeiten, René Isler hat es gesagt, man hat an anderen Tagen frei und kriegt grosse Entschädigungen. Kein Geschäft wird überdies gezwungen, offen zu halten. In Touristenzentren ist heute schon offen am Sonntag. Das Einkaufserlebnis wird heutzutage immer wichtiger, und dies gerade in Zeiten des Onlinehandels. Die Geschäfte haben in der Corona-Zeit genug gelitten. Es geht nicht darum, jeden Sonntag offen zu haben. Die angedachte Idee ist ein Sonntag pro Monat. Das Gewerbe und die Bevölkerung profitieren. Das Bedürfnis ist klar da. Besten Dank für die Unterstützung.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Ich wollte eigentlich nichts sagen und jetzt konnte ich trotzdem nicht anders. Ich habe mich – ich weiss nicht – vor etwa 15 Jahren, damals in einer Versammlung der SP, für die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten geäussert und bin ausgepiffen worden. Und ich habe deshalb gedacht, ich sage jetzt heute nichts, aber jetzt hat es mich trotzdem gereizt. Denn es gibt zwei Faktoren, die, finde ich, wesentlich sind: Das eine ist Doppelmoral und das andere ist Bevormundung. Man kann nicht für sich in Anspruch nehmen, für alle einer Gruppe sprechen zu wollen. Ich habe zum Beispiel jahrelang Lernende im Verkauf unterrichtet. Ein Teil von denen wollte unbedingt am Sonntag wegen dem Sonntagszuschlag arbeiten, ein anderer Teil nicht. Ich bin alleinerziehende Mutter. Ich kenne alleinerziehende Mütter, die froh sind, wenn sie am Sonntag arbeiten können, weil jemand anders aus der Familie betreuen kann. Und es gibt solche, die es nicht wollen. Gewerkschaftlich ist es, finde ich, ein falsches Verständnis, wenn man das Gefühl hat, alle bevormunden zu müssen, allen vorschreiben zu müssen, wie sie ihr Leben zu führen haben, und man den Menschen nicht mehr die Wahl lässt; das zur Bevormundung. Man kann nicht einfach für alle sprechen, es gibt eine Vielfalt an Lebensentwürfen und Menschen.

Und das zweite ist die Doppelmoral. Ich gebe es zu, ich gehe öfters am Sonntag einkaufen. Zum Glück wohne ich in der Nähe eines 24-Stunden-Tankstellenshops und nicht weit weg vom Bahnhof. Und wahrscheinlich kann man mir vorwerfen, ich sei nicht so organisiert oder nicht gut organisiert im Leben, aber ich bin öfters dort anzutreffen. Was

ich dort aber auch antreffe, das finde ich eben noch interessant: Ich habe all die Jahre immer wieder Menschen aus der Politik – ich oute jetzt niemanden – angetroffen, die sich fast hinter den Gestellen versteckt haben, wenn sie mich dort gesehen haben, und dann gesagt haben «du, ich bin im Fall sonst nicht da, das ist eine völlige Ausnahme», worauf ich gesagt habe «ja, mir ist das egal, ich kann da sein, ich bin schon immer konsequent dafür eingetreten».

Also ich bitte Sie um eines. Ich glaube, in der Politik geht vieles, diese Meinung oder jene Meinung, okay, aber seien Sie konsequent. Doppelmoral finde ich nicht tragbar. Wenn Sie heute gegen diese Standesinitiative stimmen, okay, aber dann lassen Sie sich an diesen Sonntagen bitte nicht in den Läden blicken. Ich finde das sonst peinlich und ich weiss, dass es Ihnen auch peinlich ist.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir haben einen Antrag auf Schliessung der Rennerliste.

Ordnungsantrag

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Ich glaube, wir haben sie jetzt intensiv gehört, die Vor- und Nachteile des Shoppings am Sonntag, oder nicht? Insbesondere da es sich um eine Standesinitiative handelt und dann der National- und der Ständerat noch ausgiebig zu dem Thema diskutieren wird, und damit man noch einigermaßen vernünftig zur Mittagspause kommt,

beantrage ich nun doch die Schliessung der Rednerliste.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir haben einen Antrag auf Schliessung der Rednerliste, darüber muss sofort abgestimmt werden.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 137 : 19 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Die Rednerliste ist geschlossen.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Zum Geschäft wurde, wie gesagt, bereits sehr viel und aus meiner Sicht alles gesagt (*Heiterkeit*). Dem gibt es nichts mehr beizufügen, ohne das Erwähnte zu wiederholen. Aber als Gastro-Zürich-Vorstandsmitglied möchte ich explizit sagen, dass die Gastronominnen und Gastronomen auch an Sonntagen

alle Personen, aber wirklich jede Person auch hier im Rat, willkommen heissen. Das kann auch der Grossratspräsident des Kantons Graubünden, Sepp Caluori, und Präsident von Gastro Graubünden auf der Zuschauertribüne bestätigen (*der Grosse Rat Graubünden weilt auf Einladung der Geschäftsleitung in Zürich*). Wir werden an jedem Sonntag im Jahr unseren Teil zu einem attraktiven und pulsierenden Kanton Zürich beisteuern und unsere Gäste mit viel Herzblut bewirten. Besten Dank.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Es gab eine Zeit, da war ich Personalkommissionspräsident bei einem grossen Detaillisten. Die Sprüche, die hier drin fallen, von Freiwilligkeit, sind nicht nur an den Haaren herbeigezogen, sie sind herangekarrt worden, sie stimmen hinten und vorne nicht. Auf wen ging man los? Alleinstehende mit Kindern waren ein beliebtes Ziel, um sie zu drücken, dass sie am Sonntag zur Arbeit gehen. Haben sie reklamiert und gefragt «ja, und die Kinder?», hiess es «ja, schau halt». Es gibt die Freiwilligkeit auf dieser Basis höchstens, weil sie sonst noch weniger verdienen, also dass sie sich aus ökonomischen Gründen halbwegs hingeben, am Sonntag arbeiten zu gehen. Alles andere ist Zwang, ausser – was auch erwähnt wurde – die Studenten, die gerne ein bisschen was verdienen am Wochenende. Aber Familien, vor allem halbe Familien, Frauen mit Kindern sind beliebtes Ziel der Zuständigen in den jeweiligen Filialen, um die Leute herbei zu ordern, und so etwas kann man schlicht nicht goutieren.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Geschätzte bürgerliche Ratskolleginnen und -kollegen, Sie machen gleich mehrere Fehler und scheinen diese nicht einmal zu bemerken, darum hier eine kleine Korrektur zurück.

Erstens: Zusätzliche Sonntagsverkäufe, wie dies schon mehrmals gesagt wurde, sind keine Win-win-Situation. Sie vergessen, dass, wenn irgendwelche Unternehmen davon profitieren, es die grossen sind. Und selbst die sind, wie das schon Rafael Mörgeli ausgeführt hat, nicht immer begeistert davon. Die KMU gucken dagegen so oder so in die Röhre.

Zweitens vergessen Sie in Ihrer wunderschönen Win-win-Gleichung die Arbeitnehmenden, welche überhaupt nicht profitieren, weil ihre Arbeitsbedingungen noch prekärer werden. Kommen Sie mir nicht mit Sonntagszulagen, denn diese entfallen ab dem siebten Sonntag im Jahr. Kommen Sie mir nicht mit Freiwilligkeit, denn diese gibt es in der Regel für die Angestellten nicht. Und es betrifft im Fall nicht nur Personen

im Detailhandel, es betrifft auch die Reinigung, das Sicherheitspersonal, die Logistik und so weiter; es kommt also noch ein ganzer Rattenschwanz dazu. Übrigens sind das alles Berufe, welche geprägt sind von sowieso schon tiefen Löhnen und unattraktiven Arbeitszeiten. Es ist also eher eine lose «Lose-lose-very-little-win»-Situation.

Drittens, ich hoffe, das hören Sie in ihrem Elfenbeinturm: Mehr Sonntage mit offenen Läden bedeuten nicht mehr Geld im Portemonnaie der Konsumentinnen und Konsumenten. Wollen Sie mehr Konsum? Dann stärken Sie doch die Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen, das hätte effektiv einen Impact. Aber das wollen Sie ja nie.

Und viertens: Herr Bamert, ich habe den Sommer durch im Zuge meines Studiums im Gebärsaal im Triemli gearbeitet, inklusive Nachtschichten und Sonntagsarbeit. Ich gebe Erich Vontobel ausnahmsweise mal recht, dass der Wegfall des institutionellen Sonntags eine Mehrbelastung bedeutet. Aber als Person, die auch in Zukunft in Schicht und am Sonntag arbeiten wird, kann ich Ihnen, Herr Bamert, versichern, mein Magen meldet sich auch schon: Ich halte es keiner gebärenden Person vor, dass sie nun am Sonntag Wehen bekommt oder eine Kontrolle braucht. Und vor allem wünsche ich niemandem, am Sonntag arbeiten zu müssen, nur weil ich es muss. So funktioniert die Welt der Arbeitnehmenden eben nicht.

Und um das Votum vom Markus Schaaf noch zu ergänzen: Standesinitiativen sind grundsätzlich doof, diese hier ist aber besonders doof. Besten Dank.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon) spricht zum zweiten Mal: An die Adresse der Grünen, ist schon länger her jetzt mittlerweile, liebe Jasmin Pokerschnig: Zur Erinnerung, der verkaufsstärkste Tag im Onlinehandel ist der Sonntag. Onlineshopping ist bekanntlich nicht umweltfreundlicher. Der Schuh wird dann nicht im Laden probiert, nein, es werden fünf Schuhe zur Probe bestellt und dann auch retourniert; das zum einen. Dann: Das Einkaufen am Sonntag verteilt die Kundenkonzentration der Samstage, was weniger Stress und eine angenehmere Kundenbetreuung der Angestellten ermöglicht. Und zu guter Letzt: Der Kluge reist im Zuge, auch am Sonntag. Herzlichen Dank.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, zuerst einmal muss man sagen, diese Art von Debatten tun uns gut. Es ist lustig und man kommt so ein bisschen in einen Austausch, was ja sonst nicht so der Fall ist. Und deshalb antworte ich gerne auf Frau Nationalrätin Fehr (*Nina Fehr Düsel wurde in den Nationalrat gewählt*) und auch an

Herrn Kantonsrat Isler: Also die Studis, da gebe ich Ihnen recht, die würden von diesen liberalisierten Ladenöffnungszeiten profitieren. Jeder Studi geht gern und bewirbt sich auch gern auf Stellen, die man machen kann, wenn man nicht an der Uni oder an einer Fachhochschule oder in der Schule sein muss. Aber es geht eben um diejenige, die bereits im Detailhandel arbeiten. Es geht um die Fachkräfte, um diejenigen, die Sie auch wirklich beraten können in den Läden. Ich kann Ihnen versichern, als ich in der Migros gearbeitet habe, hätte ich sie nicht gut beraten, auch am Sonntag nicht. Ich hätte gut einkassiert, das ist ja auch Berufsstolz, das hätte ich gern und gut gemacht, aber gut beraten hätte ich Sie nicht. Dafür braucht es ausgebildete Fachpersonen, und diese wollen nicht am Sonntag arbeiten. Fragen Sie sie, sie werden es Ihnen sagen.

Und dann zur Doppelmoral, die Kollegin Chantal Galladé angesprochen hat: Sie sind alle Volksvertreterinnen und -vertreter. Sie lancieren hier eine Standesinitiative, also ein Anliegen Ihres Kantons, Ihrer Bevölkerung, einer Bevölkerung, die zu diesem Thema schon gesprochen hat, sie will das nicht. Also hören Sie mir auf mit dieser Doppelmoral und denken Sie an die Menschen im Detailhandel und denken Sie auch an Ihre Wählerinnen und Wähler.

Und das Letzte: Denken Sie vor allem an die Menschen im Detailhandel. Die können nicht mit einem Knöpfchen-Drücken dafür sorgen, dass sie eine gute und lange Mittagspause haben, so wie Sie das heute getan haben.

Christian Müller (FDP, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Statt die Rednerliste zu schliessen, hätten wir ja auch beschliessen können, am Sonntag weiter zu debattieren.

An die sogenannt progressiven Kräfte: Sie argumentieren damit, die Bevölkerung hätte früher Nein gesagt, wir müssten nicht mehr darüber diskutieren. Was hätten wir heute alles nicht, wenn nach mehreren negativen Entscheiden keine weiteren Versuche mehr unternommen worden wären? Ich gehe davon aus, dass Sie dies selbst wissen. Es ist nun mal Aufgabe der Politik, auf Veränderungen bei den Bedürfnissen der Bevölkerung zu reagieren und die Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Rafael Mörgeli, ja, so wie Sie möchten auch heute noch Studierende von einer Möglichkeit profitieren, am Sonntag ein Einkommen zu erzielen. Und nein, es wird niemand gezwungen, am Sonntag zu arbeiten, dies auch an Hans Egli. Aber es kann durchaus Bestand-

teil eines Arbeitsvertrags sein, der wohl so attraktiv ist, dass der Arbeitnehmer diesen unterzeichnet hat. Wir haben ja schliesslich einen Arbeitnehmermarkt.

Und an die EVP: Ja, die heutigen Möglichkeiten der Öffnungszeiten am Abend werden nicht überall vollumfänglich wahrgenommen. Das erwarte ich von Unternehmerinnen und Unternehmern, dass sie für sich selbst entscheiden können, welche Öffnungszeiten für ihr Geschäft die ertragsreichsten sind und wann Aufwand und Ertrag nicht im richtigen Verhältnis stehen.

An Markus Schaaf: Es wird schon lange am Wochenende gearbeitet, der Samstag gehört ja auch zum Wochenende. Und wenn Sie dem Automechaniker ebenfalls die gleich langen Spiesse in die Hand geben möchten wie dem Detailhandelsangestellten, dann können wir ja mal sehen, wie ein Vorstoss aussehen müsste, den wir dann zusammen einreichen. Hier geht es nun mal darum, den Detaillisten ein wenig mehr gleiche Rechte einzuräumen wie den Betrieben am Hauptbahnhof, am Flughafen, an der Tankstelle und so weiter.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auch noch ein, zwei Worte zum Gesagten sagen. Ich beginne bei Kollege Ueli Bamert: Er hat sich darüber enerviert, dass wir hier wieder eine Grundsatzdebatte zu diesem Thema führen. Da muss ich Ihnen einfach sagen: Nicht wir haben diese Grundsatzdebatte initiiert, sondern Sie haben diese Grundsatzdebatte mit diesem Vorstoss initiiert. Sie haben ihn mit damals neuen Argumentationen versehen. Diese neuen Argumentation haben Sie jetzt wieder gekillt. Und wenn wir hier schon wieder die gleiche Debatte führen, die wir schon x-mal in diesem Rat geführt haben, dann hat das damit zu tun, dass Sie eben den alten Wein in neuen Schläuchen zu altem Wein in alten Schläuchen gemacht haben. Und dass wir jetzt quasi über eine Stunde darüber debattieren, wenn Sie sich darüber enervieren, dann müssen Sie das nicht uns zum Vorwurf machen.

Ich komme zur Doppelmoral. Der Vorwurf der Doppelmoral kam heute in dieser Debatte auf zwei Ebenen, mehr so auf der grundsätzlichen Ebene; hierzu hat aber Markus Schaaf schon viel gesagt. Man muss unterscheiden zwischen Dienstleistungen, die für die breite Bevölkerung sehr wichtig sind, wir sprechen hier vor allem auch vom Service public, ÖV, Gesundheit, Sicherheit und so weiter und so fort. Wir sollten uns in der Politik doch bemühen, Gleiches mit Gleichem und Ungleiches mit Ungleichem zu vergleichen, und dann fällt dieser Vorwurf der Doppelmoral in sich zusammen.

Dann gab es den Vorwurf der Doppelmoral im Kleinen, vor allem von Chantal Galladé. Ich weiss nicht, ob Doppelmoral hier das richtige Wort ist, sondern es ist viel eher – wie soll ich sagen – eine Inkonsistenz auf persönlicher Ebene, das gehört zum Leben. Nur wer absolut konsequent durchs Leben geht, der werfe den ersten Stein, aber ansonsten sind solche Vorwürfe nicht angebracht.

Dann nochmals zur Kollegin Cristina Cortellini, weil sie es in ihrem zweiten Votum jetzt wieder erwähnt hat, dass der Sonntag der verkaufstärkste Tag im Onlinehandel sei. Das ist so. Ich muss Ihnen sagen, ich komme aus dem Buchhandel. Ich habe meine Lehre zu einer Zeit absolviert, als das Internet noch nicht am Horizont war. Der Onlinehandel, das Internet, hat den Buchhandel total auf den Kopf gestellt, hier sind Massnahmen und Strategien gefragt. Wenn Sie aber glauben, Sie retten den Buchhandel mit zusätzlichen Sonntagsverkäufen, dann sind Sie so etwas von auf dem Holzweg. Den Stubenhocker, den Sie erwähnt haben, den holen Sie nicht aus seiner Stube heraus, indem sie mehr Sonntagsverkäufe anbieten. Hier ist das Zauberwort «Dienstleistung, Beratungsangebot», und das aber an jedem Tag.

Und dann der letzte Punkt, das, was mich auch teilweise ein wenig ratlos zurücklässt: Es ist tatsächlich so, wenn man am Sonntag im Hauptbahnhof oder im Circle (*Einkaufszentrum am Flughafen*) oder am Tankstellenshop ist, dann hat es dort Leute. Die haben dieses Bedürfnis. Aber es gibt schlussendlich Bedürfnisse in vielen Bereichen und wir lassen trotzdem nicht alles zu, was ein Bedürfnis ist. Welche Bedürfnisse befriedigt werden und welche nicht, das entscheiden wir schlussendlich immer an der Urne. Und an der Urne – ich habe es in meinem Eintretensvotum gesagt –, wenn Sie den Fokus öffnen, dann sehen Sie: Die Bevölkerung in der Breite will das nicht. So wird es auch hier sein: Diese Standesinitiative wird nach Bern gehen. Wenn man schaut, wie das Bundesparlament in letzter Zeit in dieser Sache entschieden hat, wird sie keinen Erfolg haben. Aber wenn sie doch Erfolg haben sollte, dann können Sie ganz sicher sein, dass diese Frage auch an der Urne entschieden wird. Und da bin ich, was den Ausgang anbetrifft, aufgrund der Urnengänge in verschiedenen Kantonen durchaus optimistisch. Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Besten Dank.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Zunächst vielen Dank für diese engagierte Debatte, der ich aufmerksam zugehört habe. Es ist tatsächlich so, dass die Idee aus der Corona-Zeit stammt, auf dem Höhepunkt der Pandemie eingereicht wurde. Damals war der Detailhandel vor allergrössten Herausforderungen, das muss man sagen, es war eine sehr

schwierige Zeit, diese Zeit des Lockdowns. Zum Glück ist das vorbei. Zum Glück haben wir die Pandemie gut überstanden, auch – ich sage es deutlich – dank sehr viel Hilfe finanzieller Natur des Staates, des Bundes und der Kantone an die Unternehmen. Aber was schon ist und deshalb kann man nicht einfach sagen «alter Wein in alten Schläuchen» –, das Leben seit Covid hat sich verändert. Nicht nur unsere Arbeitswelten haben sich verändert, auch das Konsumverhalten hat sich massiv verändert. Und wir haben ganz klar einen grossen Trend vom Detailhandel zum Onlinehandel. Und Sie haben es mehrfach gesagt, es ist so, der Sonntag ist der grösste Shoppingtag zwischenzeitlich. Wenn man jetzt einfach sagt «wir nehmen das zur Kenntnis, das ist so, wir haben keinen Handlungsbedarf», dann denke ich: Gouverner c'est prévoir, in die Zukunft schauen, sonst würden wir unsere Aufgaben nicht machen. Denn es geht schon darum, das Einkaufen generell real in den Geschäften auch wieder attraktiver zu machen. Und da ist die Erhöhung der Sonntagsverkäufe eine Möglichkeit, die wir als sinnvoll erachten. Offene Läden halt auch an einem Sonntag, das belebt die Innenstadt, das belebt die Restaurants, das belebt die Verkaufsgeschäfte, das belebt die Kultur übrigens und es entstehen neue Produkte, neue Dienstleistungen und neue Geschäftsmöglichkeiten auch für sehr viele KMU. Und es trägt zur Wirtschaftsleistung bei und es trägt zum Erhalt der Arbeitsplätze bei. Ich muss Ihnen sagen, die Realität ist, dass sich diese Jobs auch verändern. Die Jobs im Detailhandel von morgen werden nicht mehr die gleichen sein, wie sie heute sind. Ich möchte betonen und das hat Kantonsrat Walder ja gesagt: Es ist eine «Ermöglichung» auf Bundesebene. Selbstverständlich kann der Kanton dann die Rahmenbedingungen setzen, und zuletzt entscheiden es ja dann die Gemeinden oder die Städte. Aber warum hat man so viel Angst vor einer «Ermöglichung», vor einer kantonalen Diskussion und einer Diskussion in den Kantonen? Und selbstverständlich ist es auch jedem Geschäft selber überlassen, es trifft selber einen unternehmerischen Entscheid, ob es offenhalten will. Es geht nicht um eine generelle Liberalisierung, sondern es geht um eine Antwort auf Lebenswirklichkeiten von heute, mit der Absicht, die Innenstädte, die in einer grossen Transformation sind, weiterhin lebhaft und attraktiv zu machen.

Es wurde von Herrn Kantonsrat Feldmann gesagt, das sei komplett am Volk vorbei. Dem widerspreche ich massiv. Gehen Sie doch einmal am Sonntag ins Shopville. Glauben Sie, das seien nur Bürgerliche oder nur Leute von der FDP oder der SVP oder der GLP, die dort sind? Es sind alle, die dort einkaufen, und sie kaufen wahnsinnig ein, ob man das jetzt gut findet oder nicht. Und dann geht man in die Bahnhofstrasse und

dann läuft gar nichts mehr. Ich bin nicht sicher, wer hier am Volk vorbeipolitisiert. Und ich denke, die Dienstleistungsbereitschaft ist wichtig und selbstverständlich auch attraktive Rahmenbedingungen für das Detailgewerbe. Aber wenn die Jobs wegfallen – schauen Sie doch mal die Bahnhofstrasse an, die sich verändert, es gibt bald nur noch wenige Einkaufszentren, der Jelmoli schliesst, die Läden verändern sich –, müssen wir von der Politik schon eine Antwort haben und können nicht einfach die Augen verschliessen. In diesem Sinne unterstützt der Zürcher Regierungsrat die Standesinitiative. Ich war übrigens auch zu Poststellen schon in Bern, das haben Sie begrüsst, dass ich gegen Poststellenschliessungen bin. Also ich gehe sehr gerne auch noch einmal zu den Ladenöffnungszeiten nach Bern. Herzlichen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Stefan Feldmann gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Verschiedenes

Geburtstagsgratulationen

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir haben zwei Geburtstage heute hier im Rat. Ich gratuliere herzlich Daniel Sommer und Manuel Sahli. Alles Gute zum Geburtstag! (*Applaus*)

Gratulation zur Geburt eines Kindes

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich gratuliere Mario Senn ganz herzlich zur Geburt seines zweiten Kindes. Wir gratulieren euch als Familie und

ich überreiche dir gern den Löwen des Kantons Zürich. Ich hoffe, Giulia hat ihre Freude daran. (*Applaus, die Ratspräsidentin überreicht Mario Senn den Plüschlöwen des Kantonsrates.*)

Nachruf

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Am 9. November ist der frühere Winterthurer CVP-Kantonsrat Erich Müller im sehr hohen Alter von 102 Jahren verstorben. Er war das älteste noch lebende ehemalige Ratsmitglied. Erich Müller sass von 1967 bis 1971 in unserem Rat. Er verstand die politische Arbeit als ein ernsthaftes Bemühen, die Lebensumstände im Kanton zu verbessern. Er hat den Wandel der Gesellschaft genau wahrgenommen, die Folgen unvoreingenommen analysiert und daraus seine Forderungen abgeleitet. Diesen Eindruck gewinnt jedenfalls, wer seine Vorstösse heute nachliest, egal, ob es da um eine Neuordnung der Sozialarbeit im Kanton ging, um eine Angleichung der kantonalen Schulsysteme oder um die Informationspraxis des Regierungsrates. In diesem letzten Fall beispielsweise wandte Müller sich gegen eine paternalistische Haltung in der Verwaltung, die in einer neuzeitlich konzipierten Informationspolitik keinen Platz mehr habe.

Erich Müller hatte noch vor wenigen Jahren an einem Treffen der ehemaligen Ratsmitglieder teilgenommen und eine kurze Ansprache gehalten. Bis in seine letzten Tage blieb er geistig rege und verfolgte das politische Geschehen. Einer seiner Söhne teilte uns mit, er habe noch wenige Tage vor dem Tod des Vaters mit ihm über Strategien für den zweiten Ständeratswahlkampf diskutiert.

Vor zwei Wochen erlitt Erich Müller einen Schlaganfall, von dem er sich nicht mehr erholen konnte. Im Namen des Kantonsrates entbiete ich den Angehörigen unser herzlichstes Beileid. Die Trauerfeier findet am 23. November 2023 um 14.45 Uhr in der Kirche Sankt Peter und Paul in Winterthur statt.

Rücktrittserklärungen

Gesuche um Rücktritt als Ersatzmitglieder des Obergerichts von Benedikt Hoffmann, Zürich, Robert Amsler, Dietikon, Klaus Vogel, Eglisau, Eva Borla Geier, Küsnacht

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es sind aufgrund der Wahlen (*des Obergerichts*) von letzter Woche diverse Rücktrittsgesuche eingegangen: Benedikt Hoffmann, Zürich, Robert Amsler, Dietikon, Klaus Vogel, Eglisau, Eva Borla Geier, Küsnacht, sind allesamt Ersatzmitglieder am

Obergericht und ersuchen um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Das ist der Fall. Die Rücktritte per 31. Dezember 2023, respektive bei Benedikt Hoffmann auf dem Zeitpunkt des Stellenantritts als Oberrichter, sind genehmigt.

Es liegt ein weiteres Rücktrittsgesuch vor, Frau Ratssekretärin bitte.

Gesuch um Rücktritt als Mitglied des Sozialversicherungsgerichts von Christian Vogel, Dättlikon

Ratssekretärin Monika Wicki verliest das Rücktrittsschreiben: Für die noch verbleibende Zeit bis zum Erreichen des AHV-Alters möchte ich eine neue Herausforderung annehmen und ersuche Sie daher höflich, meinen Rücktritt aus dem Richteramt am Sozialversicherungsgericht per Ende Dezember 2023 zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen, Christian Vogel.»

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Sozialversicherungsrichter Christian Vogel ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass sie damit einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt per 31. Dezember 2023 ist genehmigt.

Gesuch um Rücktritt aus dem Kantonsrat von Patrick Hässig, Zürich

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Weiter ist aufgrund des gestrigen Wahlsonntags (*Ständerat, zweiter Wahlgang*) noch ein Rücktrittsgesuch eingetroffen: Kantonsrat Patrick Hässig, Zürich, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf den vorhin gehörten Paragraphen des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat darüber zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass sie damit einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt ist genehmigt.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **MIV und ÖV verbinden durch Finanzierung von Parkieranlagen**

Postulat *Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch)*

– **Grundwasserschutz auf dem Militärflugplatz Dübendorf**

Anfrage *Urs Dietschi (Grüne, Lindau)*

– **S-Bahn-Direktanschluss aus dem Bezirk Meilen nach Oerlikon und zum Flughafen**

Anfrage *Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon), Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), Hanspeter Göldi (SP, Meilen)*

– **Wissenschaftlichkeit oder Ideologie an unseren Hochschulen?**

Anfrage *Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Tobias Infortuna (SVP, Egg)*

– **Unterbringung Minderjähriger in Gefängnissen aufgrund von Platzmangel in Heimen und Psychiatrien im Kanton Zürich**

Anfrage *Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Sibylle Marti (SP, Zürich)*

– **Löhne im Tiefflug? Lohndumping bei der Swiss**

Anfrage *Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Andreas Daurù (SP, Winterthur)*

Schluss der Sitzung: 12.35 Uhr

Zürich, den 20. November 2023

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 11. Dezember 2023.